

Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



<i>Europäische Ungleichgewichte</i>	3
<i>VR China: Entwicklungskonzepte</i>	8
<i>Köln stellt sich quer</i>	12
<i>Aktionen gegen Überstunden – für Neueinstellungen</i>	16
<i>Pierre Bourdieu: Ziele einer sozialen Bewegung in Europa</i>	18



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Christiane Schneider; GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040/43188820, Fax: 040/43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, E-mail: vollhar@web.de

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/621532, e-mail: pb@gnn-verlage.de ... **und Ost** Achim Wahl; GNN-Verlag, Postfach 200639, 13516 Berlin, Tel. 030/24009468, Fax: 030/24009469

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Alfred Küstler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/621532. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/621532. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 45,50 DM (Förderabo 71,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 91 DM (Förderabo 143 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 80,60 DM, Sozialabo: 65 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.
- o Halb- o Jahresabo (45,50 DM / 91 DM je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (71,50 DM / 143 DM).
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (32,50 DM / 65 DM).
- o Halb- o Jahresabo neue Länder (40,30 DM / 80,60 DM)
- o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.:

BIZ:

Bank:

Unterschrift:

Ein senden an: GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart

VERSCHIEBUNG. Den größten Teil der Finanzierung der Entfernungspauschale, nämlich 58,5%, soll von den Ländern und Kommunen getragen werden, der Bund dagegen übernimmt lediglich 41,5% der für die öffentlichen Haushalte entstehenden Belastungen. Angesichts der Tatsache, dass allein dem Bund die Einnahmen aus der Ökosteuer zufließen, während vor allem die Kommunen davon immens belastet werden, entstehen neue Ungleichgewichte im föderalen Finanzsystem. Außerdem profitiert der Bund qua Mineralölsteuer vom Anstieg der Ölpreise, während für Länder und Kommunen wiederum nur neue Belastungen entstehen, die nicht kompensiert werden. (Nach: PE des PDS-MdB Rössel, der sich aufgrund der unangemessenen Belastung der Kommunen und Länder als einziger PDS-Abgeordneter der Stimme enthielt.)

EUROFIGHTER IMMER TEURER. Bundestagshaushaltsausschuss hat in einer Sondersitzung mit den Stimmen von SPD/Grünen gegen PDS, FDP und CDU/CSU ein Abschluss eines weiteren Beschaffungsvertrages für den Eurofighter 2000 beschlossen. Für knapp 3 Mrd. DM soll ein System entwickelt werden, das ermöglicht, die Erfassung und Zielverfolgung des Eurofighters durch fremde Flugzeuge zu erschweren. Am Vortag noch hatten alle Parteien die Beschlussfassung wg. mangelnder Entscheidungsgrundlagen abgelehnt; die Bundesregierung hatte nicht einmal die notwendigen Industrieverträge vorgelegt, und das bei einem Betrag von 3 Mrd.! Die Grünen z.B. waren nicht einmal davon unterrichtet, dass entgegen dem Willen der zuständigen Berichtersteller aller Fraktionen die Beschaffungsvorlage überhaupt auf der Tagesordnung statt. Erst nach Unterbrechung und Vertagung waren die Vertreter der Regierungskoalition am nächsten Tag weichgeklöpft. Der Eurofighter wird teurer und teurer und steuert die 40-Mrd.-DM-Höhe an. Bis zum 30.11. war der Bund langfristige Finanzierungsverpflichtungen in Höhe von 22,5 Mrd. eingegangen, weitere 2,2 Mrd. DM wurden bereits verausgabt, jetzt sind 3 Mrd. vom Haushaltsausschuss abgelehnt. Der Bundesrechnungshof geht davon aus, dass weitere qualitative Aufrüstungen in Milliardenhöhe schon für die nächste Zeit vorgesehen sind, und schließlich wird der Eurofighter allein durch die Anwendung der Preisgleitklausel mindestens 6 Mrd. DM teurer als ursprünglich angegeben. (Nach PE PDS)

GEHEIMPROJEKT. Von den 1,8 Mrd. Mark, die das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) aus den UMTS-Lizenzen erhalten wird, werden 350 Mio. DM für „Krankheitsbekämpfung durch Genomforschung“ geplant. Anders als eigentlich üblich wird die Verteilung jedoch nicht nach den vielversprechendsten Anträgen der verschiedenen Antrag-

steller vorgenommen. Fünf Zentren der Genomforschung fassen vielmehr einen gemeinsamen Antrag ab und schlagen damit alle anderen Konkurrenten, soviel steht bereits vorher fest, aus dem Feld, nämlich das Max-Planck-Institut für Molekulare Genetik, das Deutsche Krebsforschungszentrum, das Max-Delbrück-Centrum, das GSF-Forschungszentrum und die Gesellschaft für Biotechnologische Forschung. Durch den gemeinsamen Antrag sei es möglich, das gesamte benötigte Fachwissen zusammenzuziehen: Biologen, Informatiker, Experten für Roboter. Ziel dieser Strategie, die im BMBF ausgearbeitet wurde, ist die Stärkung der Konkurrenzfähigkeit. Universitäten und jüngere, nicht etablierte Forschergruppen bleiben unberücksichtigt. Das BMBF behandelt, wie die SZ feststellen musste, als Geheimprojekt.

INTELLEKTUELLENHETZER. Für den Vorstand des Zukunftsfonds, der im Rahmen der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft mit 700 Mio. DM ausgestattet wird, ist der Soziologe Lothar W. Ulsamer vorgesehen. Ulsamer ist Mitarbeiter des DaimlerChrysler-Vorstands und wird, so sickert durch, wohl auch auf der Gehaltsliste des Konzerns bleiben, der für die Differenz zwischen früherem und zukünftigem Gehalt aufkommen soll. Aufgefallen ist Ulsamer vor Jahren durch seine Doktorarbeit, die u.a. Hildegard Hamm-Brücher seinerzeit als „reinen Rechtsradikalismus“ einstufte und als Vorstufe zur Bücherverbrennung brandmarkte. Unter dem Titel „Zeitgenössische deutsche Schriftsteller als Wegbereiter für Anarchismus und Gewalt“ hetzte er gegen die Gruppe 47, gegen Heinrich Böll, Hans Magnus Enzensberger und Peter Handke, der sich „gegen Staat, Ordnung, Leistung und so weiter ausspricht“. Auch gegen Umweltschützer zog er zu Felde. Noch heute meint er, dass seine „wissenschaftliche Analyse“, eine üble allgemeine Intellektuellenhetze, „zum damaligen Zeitpunkt geschrieben werden musste“.

SKANDAL OHNE ENDE. Der Bundesrat lehnt die vom Bundestag beschlossene Neuregelung der Gefangenenentlohnung ab. Das Bundesverfassungsgericht hatte verlangt, dass spätestens zum 1. Januar mit dem Resozialisierungsgebot unvereinbare Zustand beendet werden müsse, wonach sich die Gefangenenentlohnung auf 5% des der sozialversicherungsrechtlichen Bezugsgröße beläuft. Daraufhin hatte der Bundestag die Verdreifachung auf 15%, ca. 660 DM/Monat – wenig genug! – beschlossen, doch das ist den Ländern, auch den SPD-regierten, immer noch zuviel. Sie wollen die Erhöhung auf 7% drücken. Scheinheilig-zynische Begründung: Das koste die Arbeitsplätze der Gefangenen! Tatsächlich wollen die Länder die Mehrausgaben nicht zahlen, sondern die jährlich ca. 230 bis 250 Mio. den Gefangenen vorenthalten.

Der europäische Integrationsprozess verliert sich in Strukturen der Ungleichheit

Trotz der enormen Medienpräsenz des Nizza-Gipfels ist die problematische Situation der EU in der Öffentlichkeit nicht klargestellt. Wenn in diesen Tagen BRD-Kanzler Schröder anlässlich eines Besuchs in der Oberpfalz so nebenbei erklärt, die Osterweiterung der EU werde auf Jahre hinaus nicht mit dem freien Arbeitsmarktzugang verbunden, ist ein weiteres Feld eröffnet. Der Prozess der europäischen Integration verliert sich in Strukturen der Ungleichheit der Bürger und der Staaten.

Die europäische Integration wurde nach dem zweiten Weltkrieg eingeleitet mit der Absicht, die scharf konkurrierenden Weltmarktbeziehungen zwischen den Volkswirtschaften im westlichen Europa in politisch geordnete Binnenbeziehungen zu verwandeln. Stichworte für diesen Prozess: Montanunion, Zollverein, einheitliche Verordnungen und Gesetze für wachsende Sektoren von Handel und Produktion, Europäischer Gerichtshof. Der Weg der Integration geht von der Annahme aus, dass Gesellschaften, die sich integrieren wollen, in ihren wesentlichen Belangen nicht beschädigt werden müssen, weil Veränderungen hin zu mehr Gemeinsamkeiten im Zuge einer fortschreitenden Entwicklung v.a. der Wirtschaft aufgehoben werden können. Die Politik der euro-

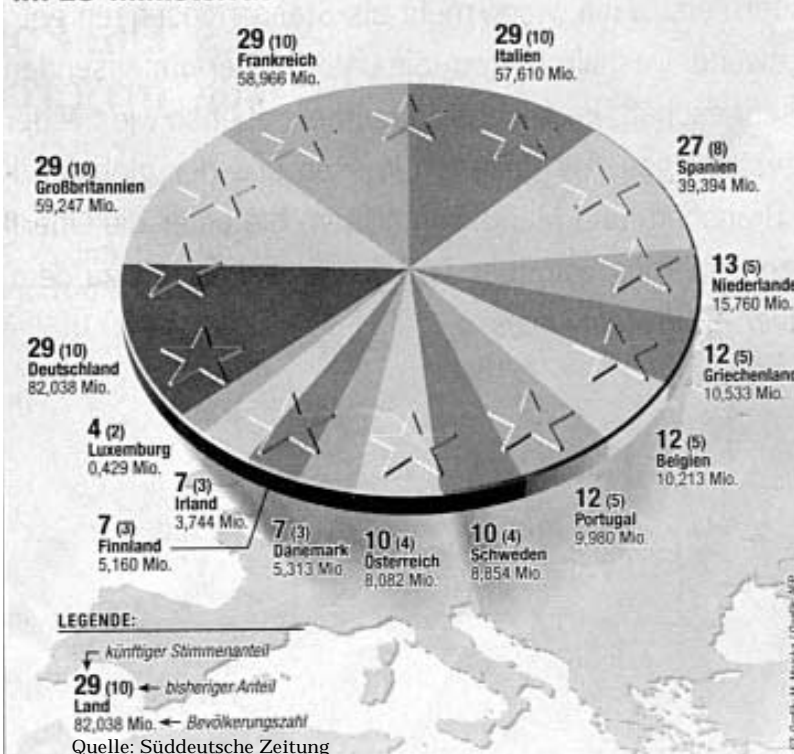
päischen Integration war also mit dem Entwicklungsgedanken verbunden und wohl auch mit dem Ziel der Angleichung der Lebensverhältnisse. Sie enthielt auch eine Absage an die Methoden von Zwang, Terror, Krieg und Konzentrationslager, mit denen der deutsche Faschismus versucht hatte, den Wirtschaftsraum Europa politisch zusammenzuzwingen.

Es soll nicht bestritten werden, dass innerhalb der EU Kämpfe um Einfluss stattfanden, dass das ganze Unternehmen wahrscheinlich nur angesichts der sozialistischen Umwälzung im östlichen Europa zustande kam usw. Es soll hier nur als Beobachtung festgehalten werden, dass die europäische Integration die Integrität der Mitgliedsländer nicht gebrochen hat. Und gerade das steht inzwischen auf dem Spiel; und es ist das sozialdemokratisch geführte Deutschland, das versucht, die Karten neu zu mischen.

Im Vorfeld des EU-Gipfels ist es Schröder und Co. gelungen, in der deutschen Öffentlichkeit einen deutschen Vormachtanspruch unterzubringen. Das Argument, die BRD müsse im EU-Rat wegen ihrer größeren Bevölkerung auch ein höheres Stimmengewicht erhalten, wird hierzulande praktisch nicht bestritten. Was ein Erfolg dieses Vorstoßes im verwickelten Geschäftsgang der EU-Institutionen be-

deutet hätte, wer kann das schon sagen? Letzten Ende können irgendwann solche Kleinigkeiten viel ausmachen (siehe die Auswirkungen der US-Wahlgesetzgebung auf den Gang der Wahlen bei so knappen Entscheidungen wie bei dieser letzten Wahl). Aber es war wohl nicht so, dass die BRD aus einer konkreten Interessenlage heraus und um konkret eine bestimmte Mehrheit zu gewinnen, so taktierte. Die Botschaft lautete: Deutschland sollte mehr zu sagen haben als Frankreich. Die Begründung lautete: Weil sonst der einzelne Deutsche weniger zu sagen hätte als der einzelne Franzose. Und diese Begründung ist durchgegangen, jedenfalls in Deutschland. Auf die Durchsetzung dieser Forderung wurde in Nizza letztlich verzichtet, aber nicht weil sie anmaßend wäre, sondern aus Rücksicht auf französische Empfindlichkeiten. Wer die Geschichte des deutschen Chauvinismus erinnert, kennt den Topos: Der Franzose will und will nicht einsehen, dass ihm der Deutsche voraus ist, und sei es nur durch die Zahl. Bundesaußenminister Fischer kündigte letzte Woche in seinem Bericht vor dem Europa-Ausschuss des Bundestages an, dass „das deutsch-französische Verhältnis, das für Europa unersetzbar sei, neu zu bestimmen“ sei. Zwar müsse Deutschland um „Verständnis für die

Die künftigen Stimmenanteile im EU-Ministerrat



Stimmengewichtung der Beitrittsländer

	Mitglieder im Rat	Bevölkerung in Mio.
Polen	27	38,66
Rumänien	14	22,57
Tsch. Republik	12	10,22
Ungarn	12	9,33
Bulgarien	10	8,39
Slowakei	7	5,36
Litauen	7	3,71
Lettland	4	2,45
Slowenien	4	1,92
Estland	4	1,44
Zypern	4	0,78
Malta	3	0,37

Stimmen in der EU 27 345

In den Fällen, in denen die Beschlüsse nach diesem Vertrag auf Vorschlag der Kommission zu fassen sind, **kommen** die Beschlüsse mit einer **Mindeststimmenzahl von 258 Stimmen zustande, welche die Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder umfassen.**

In den anderen Fällen kommen die Beschlüsse mit einer Mindeststimmenzahl von 258 Stimmen zustande, welche die Zustimmung von mindestens **zwei Dritteln** der Mitglieder umfassen.

Ein Mitglied des Rates kann beantragen, dass bei einer Beschlussfassung des Rates mit qualifizierter Mehrheit überprüft wird, ob die Mitgliedstaaten, die diese qualifizierte Mehrheit bilden, mindestens 62 % der Gesamtbevölkerung der Union repräsentieren. Falls sich erweist, dass diese Bedingung nicht erfüllt ist, kommt der betreffende Beschluss nicht zustande.“ (Hervorhebungen im Original)

Aus einer Stellungnahme des PDS-Abgeordneten im Europaparlament, A. Brie:

„Die Fähigkeit der EU, ihre Erweiterung demokratisch, sozial und effektiv zu gestalten, ist ... eher verringert worden. Gezeigt hat sich eine Renationalisierung der Europäischen Union, nicht zuletzt von deutscher und französischer Machtpolitik vorangetrieben. Insbesondere die Bundesregierung hat getreu der erklärten Ansprüche von Bundeskanzler Gerhard Schröder, deutsche Machtinteressen mit neuem Selbstbewusstsein zu vertreten, Lehren der Vergangenheit missachtet. Die Selbstbeschränkung Deutschlands ist in den letzten Jahrzehnten der europäischen Integration und im übrigen auch den Interessen der Bundesrepublik sehr wohl zugute gekommen. Sie ist offensichtlich endgültig aufgehoben worden. Warum auch der Parteivorstand der PDS in seinem Beschluss zum Gipfel von Nizza die Orientierung der Bundesregierung auf die weitere Stärkung des Rates und die Stärkung der deutschen Rolle (doppelte einfache Mehrheit) mitgetragen hat, bleibt unerklärlich. Die eigentliche Alternative – die Stärkung des Europäischen Parlaments, auch gegenüber dem Rat – wäre Voraussetzung für den Abbau der prinzipiellen Demokratiedefizite in der EU. Was wir nun haben, ist eine weitere Stärkung des Rates und die gleichzeitige Verringerung seiner Entscheidungseffektivität. Die große geschichtliche Aufgabe der EU-Erweiterung ist nach Nizza alles andere als ungefährdet, die Möglichkeiten, sie demokratisch und sozial zu gestalten, sind gering geworden.“

→ „französischen Interessen werben“, aber „wir müssen ... auch um Verständnis für uns werben“.

Was steht hinter der Einordnung der Stimmgewichte im Rat nach Größenklassen?

Der Prozess der Integration setzte und setzt weiter in Fragen, die für die Entwicklung der Mitgliedsländer bedeutsam werden, Einstimmigkeit voraus. Das heißt, die Gemeinschaft darf keiner der beteiligten Gesellschaften etwas wegnehmen, was diese nicht bereit ist aufzugeben, sei es, weil es überholt ist, sei es, weil erhoffte Entwicklungen den Verlust kompensieren werden usw. Um diese Bedingung zu gewährleisten, muss die Präsenz sämtlicher Gesellschaften der EU im Geschäftsgang gewährleistet sein, nur dann ist nämlich möglich, dass nötige Einsprüche vor der Entscheidung geltend gemacht werden können. So sind in der Kommission, aber auch im Europäischen Gerichtshof sämtliche Mitgliedsstaaten vertreten.

Diese Grundregel der Integration hatte auch Auswirkungen auf die Regelung der Stimmgewichte im Rat. Die Gründerländer gruppierten sich nach groß (BRD, Frankreich, Italien) und mittel bzw. klein (Beneluxländer). Mit dem Beitritt weiterer Länder wurde stärker differenziert,

doch die Gruppierung in groß/mittel/klein nicht grundsätzlich aufgehoben. Symbolisch bedeutet diese Gruppierung, dass sich im Rat immerhin die Repräsentanten der Großmächte als gleich ansahen. Das begünstigt die Verhandlungsrichtung Konsens. Schröders Vorstoß hätte, wäre er ihm gegolten, bei Beratungen des Rates seiner Person ein höheres Gewicht verliehen als allen anderen. Damit ist die Frage der Führung thematisiert und der Weg, durch Mehrheiten Minderheiten zu unterdrücken, angebahnt.

Die konkreten Ergebnisse bei der Neugewichtung der Stimmen (siehe Grafik/Tabelle) zeigen das Gewicht der großen gegenüber den kleinen EU-Mitgliedsländern erhöht. Für die Kommission wurde beschlossen, dass zukünftig jedes Land nur noch einen Kommissar stellt und später, wenn alle Kandidaten beigetreten sind, über die Verkleinerung der Kommission entschieden wird.

Die EU-Grundrechte-Charta

Neben der Entwicklung der Institutionen behandelte der Nizza-Gipfel auch die Entwicklung der Bürgerrechte in der sog. Charta.

Die Charta enthält eine Menge bürger- und sozialrechtlicher Bestimmungen, die in anderen Dokumenten, v.a. der UNO, auch schon enthalten sind. Die praktische Bedeutung der Charta ist nicht so gering, wie es oft heißt. Der europäische Gerichtshof wird sie nämlich bei der Findung von Grundsatzurteilen heranziehen, nicht als Rechtsvorschrift, wohl aber als Maßstab zur Beurteilung von Rechtsvorschriften und Verwaltungshandlungen.

In der Diskussion der Gewerkschaften und der sozialen Bewegungen in Europa wird mit gutem Grund auf die schwache Ausgestaltung v.a. der Sozialrechte hingewiesen. Diese Diskussion, deren Ziel es ist, zwischen den Gesellschaften und Kulturen in Europa übergreifende Forderungen an die Staaten zu entwickeln und in politischen Bewegungen zu verfechten, ist von großer Bedeutung und eine Hoffnung

für die Zukunft (s.a. Diskussion und Dokumentation, Rede Bourdieu vor dem DGB). Aber es gibt in dieser Charta auch Festlegungen, die mit der hegemonialen Strukturierung Europas zusammenhängen (siehe Kasten).

Das wird in den Aussagen über das Eigentum, das Unternehmertum und die Arbeit klar.

Das Recht auf Eigentum ist ohne Sozialbindung fixiert. Das heißt, dass die Gesetzgeber der EU danach nicht das Recht hätten, in die Eigentumsrechte etwa aus Gründen des sozialen Ausgleichs etc. einzugreifen. Diese strikte Formulierung setzt die Hegemonie der Interessen des Eigentums gegenüber der Arbeit, aber nicht nur. Mit Blick auf die anstehende Erweiterung der EU geht es auch um die Rechte des ausländischen Investors, um sein Direktionsrecht und um die Transferierbarkeit seiner Gewinne.

Die Absicherung der unternehmerischen Freiheit erscheint auf den ersten Blick seltsam, ja skurril. Dahinter steht aber ein knallhartes Privatisierungsgebot und eine Absage an kommunalisiertes oder genossenschaftliches Wirtschaften.

Besonders dreist ist die Perverterung der Forderung nach Recht auf Arbeit. Recht auf Arbeit meint doch wohl, dass die Mitglieder der Gesellschaft von den Produktionsmitteln, die es in der Gesellschaft gibt, nicht einfach ferngehalten werden dürfen, sondern eben ein Recht auf Teilnahme am Produktionsprozess haben. Jetzt steht das Recht zu arbeiten in einer Form da, die das Recht der Produktionsmittelbesitzer, Millionen auszuschließen, gar nicht berührt.

Besonders deprimierend ist, dass Schröder, wie eingangs erwähnt, zu einem Zeitpunkt, an dem die Tinte unter dem Vertrag nicht trocken ist, bereits Abstand nimmt von dem Punkt 2, der Niederlassungsfreiheit für alle. Schöne Zukunft, in der man die Menschen in ungleichen und ungerechten Verhältnissen gesetzlich festhalten will.

maf, scs

Artikel 15

Berufsfreiheit und Recht zu arbeiten

(1) Jede Person hat das Recht, zu arbeiten und einen frei gewählten oder angenommenen Beruf auszuüben.

(2) Alle Unionsbürgerinnen und Unionsbürger haben die Freiheit, in jedem Mitgliedstaat Arbeit zu suchen, zu arbeiten, sich niederzulassen oder Dienstleistungen zu erbringen.

(3) Die Staatsangehörigen dritter Länder, die im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten arbeiten dürfen, haben Anspruch auf Arbeitsbedingungen, die denen der Unionsbürgerinnen und Unionsbürger entsprechen.

Artikel 16

Unternehmerische Freiheit

Die unternehmerische Freiheit wird nach dem Gemeinschaftsrecht und den

einzelstaatlichen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten anerkannt.

Artikel 17

Eigentumsrecht

(1) Jede Person hat das Recht, ihr rechtmäßig erworbenes Eigentum zu besitzen, zu nutzen, darüber zu verfügen und es zu vererben. Niemandem darf sein Eigentum entzogen werden, es sei denn aus Gründen des öffentlichen Interesses in den Fällen und unter den Bedingungen, die in einem Gesetz vorgesehen sind, sowie gegen eine rechtzeitige angemessene Entschädigung für den Verlust des Eigentums. Die Nutzung des Eigentums kann gesetzlich geregelt werden, soweit dies für das Wohl der Allgemeinheit erforderlich ist.

(2) Geistiges Eigentum wird geschützt.

Geändert hat sich wenig

Mit viel Trara der Presse und der Unionsparteien wurde der zuständige Minister Riester angegangen, weil er angeblich so schnell nachgegeben habe und aus seinem Rentenreformentwurf den sogenannten Ausgleichsfaktor rausgenommen hat, wobei er in der Sache ja richtig gehandelt hätte, aber er könne es halt nicht usw. – eine langweilige Kritik, die von Unionsseite aus die endgültige Zustimmung vorbereitet.

Umgekehrt hat Riester gestrahlt: Endlich befinde er sich wieder in Übereinstimmung mit den Gewerkschaften. Die hatten gesagt, die Änderungen, die Riester am Entwurf zugesagt habe, würde ihre wesentliche Kritik berücksichtigen.

Allerdings lohnt sich genaueres Hinsehen, untenstehender Grafik kann man die Wirkung der Änderung entnehmen. Eine Ungerechtigkeit wurde nach der Kritik vor allem des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger beseitigt. Nach dem ursprünglichen Entwurf wäre das Rentenniveau von Rentenzugängen vor dem Jahr 2011 weniger stark gesunken als das von Zugängen nach diesem Stichjahr. Riester hatte das einmal damit begründet, dass diese Jahrgänge ausreichend Zeit hätten sich einzustellen und entsprechend mit einer privaten Vorsorge anzuspüren. Seine Idee war, dass damit der Druck, private Altersvorsorgeverträge abzuschließen, zunehmen wird.

Der Rentenversicherungsverband sah aber verfassungsrechtliche Probleme, weil dadurch Rentenbeiträge, die z.B. 1999 gezahlt wurden, unterschiedlich in die Rente eingehen, je nachdem, ob der Betreffende vor 2011 in Rente geht oder danach. Riesters Ministerium gab nach, weil diese Sache an der Substanz der Rentenreform nichts ändert: Die Beiträge bleiben bei 22% gedeckelt und das

Rentenniveau wird insgesamt gesenkt. An den Eckpunkten der Reform hat sich somit nichts geändert:

- Es wird eine staatlich bezuschusste private Altersversorgung geben, entsprechend wird die gesetzliche Rente zurückgenommen (sowohl bei den Beiträgen als auch bei den Leistungen);

- im Rentengesetz wird erstmals eine maximale Beitragshöhe festgesetzt. Damit wird nicht mehr gesagt, das Alterseinkommen aus der gesetzlichen Rente soll so und soviel vom früheren Verdienst betragen (und angepasst werden an die Entwicklung der Löhne und Gehälter), wie das bislang üblich war, sondern mit der Festschreibung eines Beitragssatzes von maximal 20% (für 2020) und maximal 22% (für 2030) wird „das Sicherungsziel der Rentenversicherung im Ergebnis offen gelassen“ (Stellungnahme des Rentenversicherungsverbandes zum Gesetzentwurf).

Was jetzt noch in der öffentlichen Kritik ist, wird vermutlich von der Regierung in der einen oder anderen Form aufgegriffen werden. Die Rentenversicherung, die Union und auch die Gewerkschaften haben auf Ungerechtigkeiten bei den beabsichtigten Änderungen der Hinterbliebenenrente hingewiesen, die unter Umständen Frauen mit Kinder stark benachteiligen. Man kann damit rechnen, dass das noch verbessert wird.

Von der Immobilienwirtschaft und wiederum von der Union wird bemängelt, dass der Kauf von Wohneigentum (selbstgenutzt oder vermietet) nicht als Form der privaten Altersvorsorge gelten soll – ebenfalls Verhandlungsmasse.

Und schließlich wollen die Gewerkschaften auch noch die Betriebsrenten gefördert wissen, da soll es schon Zusagen geben.

Was es allerdings nicht geben wird, ist eine Grundabsicherung. Auf diesen Mangel des Gesetzes weist inzwischen überhaupt niemand mehr hin, im Gegenteil. Der Rentenversicherungsverband hat in der Anhörung zum Gesetz den Verzicht

auf eine Mindestrente ausdrücklich begrüßt. Es solle beim bewährten Prinzip der Sozialhilfe bleiben. Es drohe sonst Schattenwirtschaft und der „Abgabewiderstand“ könnte wachsen. Auch eine Drohung mit verfassungsrechtlichen Problemen (Eigentumsschutz) kommt aus dieser Ecke.

Weil da vermutlich im laufenden Gesetzgebungsverfahren angesichts solcher Widerstände nichts mehr zu machen ist, bleibt nichts anderes als abzuwarten, bis die Rentenreform im nächsten Vierteljahr endlich verabschiedet ist, und sich dann mit dem Problem zu beschäftigen, wie ein menschenwürdiges Leben für die möglich ist, die in ihrer Jugend sich nicht für eine Immobilie krumm legen konnten, die nichts übrig hatten für den Aktienfonds und denen kein Arbeitgeber ihre Betriebstreue mit einem Rentenzuckerkel versüßt. *alk*

Schadensersatzforderungen

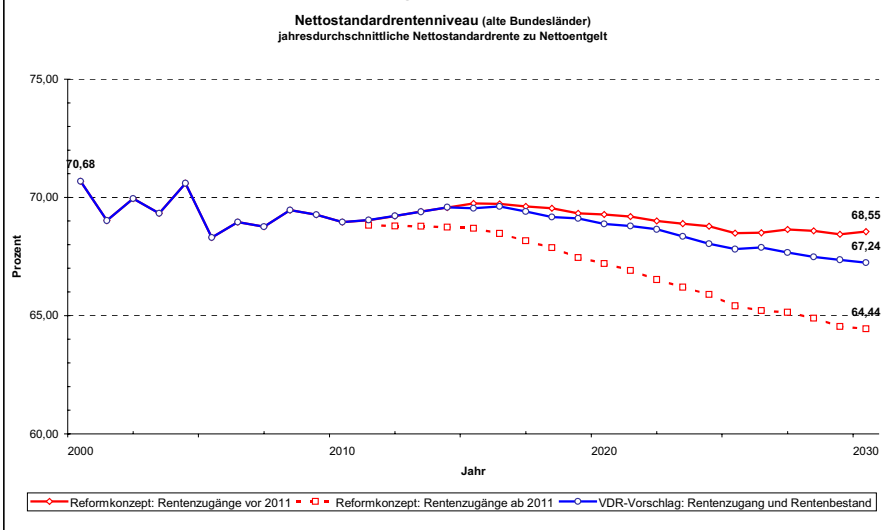
Kriegsopfer der Nato-Luftangriffe auf Jugoslawien klagen

In Berlin gründete sich jetzt eine Projektgruppe unter Federführung von RA Ulrich Dost und Prof. Bernhardt Graefrath, die den jugoslawischen Bürgern zu Schadensersatzklagen gegen die Bundesregierung verhelfen will, die persönlich oder mit Hab und Gut Opfer der völkerrechtswidrigen Luftangriffe geworden sind. Zeuenaussagen, Beweismittel und Urkunden werden gesammelt und gesichtet, um diese Klagen vorzubereiten, Informationen an die Öffentlichkeit werden vorbereitet, um diese Klagen zu unterstützen, in Kooperation mit Kanzleien serbischer Anwälte wird den Opfern individuell geholfen, ihre Ansprüche durchzusetzen.

Am 15. Dezember stellte die Projektgruppe ihr Vorhaben in der Berliner Kanzlei von Ulrich Dost vor. Traurige und ergreifende Beispiele individuellen Leids völlig unschuldiger Opfer in verschiedenen Orten Serbiens machen das Anliegen deutlich, untermauern aber auch die deutsche Verpflichtung zur Wiedergutmachung, wenigstens in Form materieller Entschädigung. Einige vermögende Wirtschaftler garantieren eine Anschubfinanzierung, Spenden der breiteren Öffentlichkeit sollten dies Anliegen unterstützen.

Hat denn so ein ungewöhnliches Vorhaben Aussicht auf Erfolg? Die Projektgruppe – und darin sollte sie die demokratische und friedensbewegte Öffentlichkeit wirksam unterstützen – geht davon aus, dass jede Möglichkeit des Völkerrechts genutzt werden sollte, nicht nur um Wiedergutmachung zu erreichen, sondern auch um die völkerrechtlichen

Vergleich von ursprünglichem Riester-Entwurf und neuem Vorschlag (entwickelt vom Verband der Rentenversicherungen)



Regeln breiter im Bewusstsein zu verankern. Hier liegt eine wichtige präventive Bedeutung für zukünftige Konflikte, die Hemmschwelle anzuheben, Militäreinsätze zumindest einzugrenzen, ihren politischen Preis zu erhöhen, um sie letztendlich ganz zu verunmöglichen. Dafür bietet das Völkerrecht schon jetzt Möglichkeiten. Prof. Graefrath wies in Berlin auf Präzedenzfälle hin: So wurde Bürgern der Schweiz, Belgiens, Italiens und Luxemburgs Schadenersatz für Schäden durch militärische Aktionen der UNO im Kongo gezahlt. Die USA haben den Angehörigen der chinesischen Opfer, die beim Bombardement der chinesischen Botschaft umkamen, Schadenersatz gezahlt – ein Verfahren, das die USA sicher nicht ohne völkerrechtliche Verpflichtung gewählt haben. Ähnlich wurde mit individuellen Schadenersatzansprüchen im Krieg Irak gegen Kuwait verfahren: Individuen können Schadenersatz direkt gegenüber kriegführenden Staaten durchsetzen. Grundlage ist das IV. Haager Abkommen von 1907 (Haager Landkriegsordnung), das im 1. Zusatzprotokoll des Genfer Abkommens vom 8.6.1977, insbesondere im Artikel 91, ausdrücklich und völkerrechtlich verbindlich bekräftigt wurde. Auch die BRD hat dies unterzeichnet. Es geht also um die Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen aus der Verletzung von völkerrechtlichen Regeln im Falle eines bewaffneten Konflikts. Immer wieder betonten UNO-Resolutionen, dass es „verboten ist, Angriffe gegen die Zivilbevölkerung als solche zu führen“ (Resolution 2444 (XXIII) vom 19.12.68 und 5/19626 vom 13.3.88).

Da jetzt immer mehr Einzelheiten bekannt werden, dass es die NATO und die UCK waren, die die gespannte Situation im Kosovo zum Krieg trieben und dass Bundeskanzler Schröder und die Minister Fischer und Scharping die Öffentlichkeit belogen haben, dürfte es möglich sein, die Prozesse gegen die Bundesregierung, die – weil juristisches Neuland betreten wird – wohl jahrelang dauern werden, auch zu gewinnen. So druckte bereits die *FAZ* am selben Tag (15.12.00) einen dokumentarischen Artikel von Dieter S. Lutz ab. Er wies anhand von Zitaten aus einem Bericht der „Parlamentarischen Versammlung der NATO“ nach, dass die westlichen Politiker im Kosovo-Konflikt versagten. „So nutzte die UCK das Holbrooke-Milosevic-Abkommen als Atempause, um ihre Kräfte nach den Rückschlägen des Sommers zu stärken und neu zu gruppieren. Die serbischen Repressionen ließen unter dem Einfluss der KVM (der OSZE-Beobachter-Mission) in der Zeit von Oktober bis Dezember 1998 nach. Dagegen fehlte es an effektiven Maßnahmen zur Eindämmung der UCK, die weiterhin in den USA und Westeuropa – insbesondere Deutschland und der Schweiz – Spenden sammeln, Rekruten werben und Waffen über die albanische Grenze schmuggeln konnte. So

nahmen die Angriffe der UCK auf serbische Sicherheitskräfte und Zivilisten ab Dezember 1998 stark zu. Er Konflikt eskalierte neuerlich, um eine humanitäre Krise zu erzeugen, welche die NATO zur Intervention bewegen würde.“ (Generalbericht „Die Folgen des Kosovo-Konflikts und seine Auswirkungen auf Konfliktprävention und Krisenmanagement“) „Mit dem bis heute nicht restlos aufgeklärten angeblichen Massaker von Racak entstand das Gefühl eines Handlungsbedarfs, das ... zu den von der UCK herbeigesehnten NATO-Luftangriffen führte.“ Obwohl die OSZE-Mission von einigen Mitgliedsstaaten „nur sehr mangelhaft“ ... „personell und finanziell“ unterstützt wurde, führte sie zur „temporären Deeskalation“. „Zum zweiten brachte sich die NATO, indem sie zu schnell auf Eskalation setzte, um die Möglichkeit der Deeskalation, und dies zu einem Zeitpunkt, als möglicherweise die nicht militärischen Mittel noch nicht ausgeschöpft waren.“

Dass Fischer und Scharping, die regelmäßig die Lageberichte des Auswärtigen Amtes erhalten – denn wozu sonst sind sie da –, die Öffentlichkeit wider besseres Wissen belogen, belegt der Lagebericht vom 19.3.99, also wenige Tage vor Kriegsausbruch. Der Waffenstillstand werde „von beiden Seiten nicht mehr eingehalten“. Als Ziel der Operationen der jugoslawischen Streitkräfte (VJ) werden nicht Völkermord und Vertreibung benannt, sondern „durch gezielte Geländebereinigungen sämtliche Rückzugsmöglichkeiten für die UCK zu beseitigen“. Die Zivilbevölkerung wird in der Regel „vor einem drohenden Angriff der VJ gewarnt“. Und im Lagebericht vom 23. März, also einen Tag vor dem Angriff, heißt es: „Die UCK ihrerseits wird wahrscheinlich weiter versuchen, durch die bekannten Hit-and-Run-Aktionen die serbisch-jugoslawischen Kräfte zu massiven Reaktionen zu provozieren in der Hoffnung, dass diese in ihren Ergebnissen hinsichtlich Zerstörungen und Flüchtlingen ein Ausmaß annehmen, das sofortige Luftschläge der NATO heraufbeschwört.“ So geschah es dann ja auch.

Der an Wahrheit, Frieden und der Verhütung militärischer Konflikte interessierten Öffentlichkeit bleibt die Möglichkeit, diese und ähnliche Informationen stärker in die Öffentlichkeit zu bringen. In einem solchen Klima sind dann auch die Voraussetzungen gegeben, angerichtete Schäden wieder gut zu machen.

Horst Bethge (PDS, Mitglied Bundesausschuss Friedensratschlag)

Die Türkei auf dem Weg in die EU

Massaker an hungerstreikenden politischen Gefangenen

Heute, am Morgen des 20.12., steht das Ausmaß des Massakers, das paramilitärische Einheiten an hungerstreikenden politischen Gefangenen anrichteten, noch nicht fest. Bis jetzt sind dem Sturmangriff der Sondereinheiten der Gendarmerie und Polizei mindestens 15 Gefangene sowie 3 Polizisten zum Opfer gefallen. 899 Gefangene wurden teils mit brutaler Gewalt in Krankenhäuser verbracht. Die bewaffneten Kräfte haben mit der Verlegung von Gefangenen in die F-Typ-Gefängnisse – Isolationsgefängnisse nach „europäischem Standard“, sprich Stammheimer Modell – begonnen.

Seit dem 20. Oktober befanden sich ca. 1000 politische Gefangene im Hungerstreik gegen die Einführung der Isolationszellen, in denen sie der Folter schutzlos ausgeliefert wären; weiterhin fordern sie die Aufhebung des Antiterrorgesetzes und die Schließung der Staatssicherheitsgesetze. Seit dem 19. November wandelte eine wachsende Zahl von Gefangenen, zuletzt 203, den Hungerstreik in ein sog. Todesfasten um. Viele der Todesfastenden standen am 61. Tag des Hungerstreiks an der Schwelle zum Tod. In den letzten Wochen schlossen sich die knapp 10.000 Kriegsgefangenen aus dem kurdischen Befreiungskampf dem Hungerstreik aus Solidarität an. Auch in der Öffentlichkeit fand der Hungerstreik zunehmend Unterstützung. Menschenrechtsvereine, politische Organisationen und die Gewerkschaft KESK riefen zu Protestaktionen, an denen sich viele Zehntausend beteiligten. Eine Abordnung der Menschenrechtskommission des türkischen Parlamentes besuchte die Hungerstreikenden, Prominente bildeten eine Verhandlungskommission und drängten die Regierung auf Aussetzung des Baus der F-Typ-Gefängnisse. Die Regierung geriet zunehmend



Nach dem Sturm: Sondereinheiten verbringen verletzten Hungerstreikenden ins Krankenhaus

unter Druck und setzte den staatlichen Gewaltapparat ein, um die Proteste zu unterdrücken. Polizei trieb Demonstrationen brutal auseinander, Hunderte wurden festgenommen. Gleichzeitig beschloss das Parlament ein Amnestiegesetz, durch das schätzungsweise 5.000 bis 8.000 PKK-Gefangene, die Hälfte der Gefangenen aus den anderen linken Organisationen, noch einmal knapp 1.500 Menschen, und insgesamt nach Schätzungen von Menschenrechtsorganisationen 40.000 bis 50.000 Gefangene entlassen würden. Der Preis des Amnestiegesetzes sollte die Durchsetzung der Isolationsgefängnisse sein. Die Hungerstreikenden erklärten: „Eine Amnestie kann in den Gefängnissen unseres Landes keine Probleme lösen. Denn die Realität in unserem Land zeigt, dass die Gefängnisse, selbst wenn sie heute geleert werden, zwei Tage später erneut gefüllt sein werden.“ Sie wiesen die Regierungspläne zurück.

In den letzten Tagen verschärfte sich die Situation. Banden faschistischer „Grauer Wölfe“ griffen Angehörige und andere Unterstützer des Hungerstreiks an; in Rotterdam töteten sie am 10.12. Cafer Dereli, der sich im Solidaritätshungerstreik befand. In Istanbul und anderen türkischen Städten demonstrieren den „Grauen Wölfen“ nahestehende Polizisten. Die Regierung verbot der Presse per Erlass jede Berichterstattung über den Hungerstreik – die Vorbereitung auf den Sturmangriff auf die Gefangenen hatte begonnen. Der Angriff begann in den frühen Morgenstunden des 19.12. und stand unter dem offiziellen Motto: „Rückkehr zum Leben“! Er wurde flankiert von einer weiträumigen Absperzung der Gefängnisse und einer Nachrichtensperre, von der gewaltsamen Auflösung jeder Protestaktion, von der Verhaftung von Hunderten Angehörigen und anderen Demonstranten sowie von Anwälten, die Kontakt zu den Gefangenen aufnehmen wollten, u.a. der Vorsitzenden der Istanbulischen Menschenrechtsvereins IHD Erin Keskin. Den zunächst noch spärlichen Berichten zufolge haben sich die Gefangenen erbittert mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln gewehrt. Mindestens zwei starben, indem sie sich mit Benzin übergossen und anzündeten. Z.T. setzten die bewaffneten Kräfte Bulldozer ein, um Gefängnismauern einzureißen und den Widerstand niederzuwalzen.

Die Durchsetzung der Isolationsgefängnisse läuft in der Türkei und hierzulande unter der Rubrik: „Einführung europäischer Standards“. Wie Sakine Sevim, Vorstandsmitglied im Menschenrechtsverein IHD, am 20.12. in einem Interview der *jungenWelt* mitteilte, war die Vorsitzende des Bundestagsmensenrechtsausschusses Claudia Roth für eine Stellungnahme nicht zu erreichen. scc

Quellen: Diverse Pressemitteilungen vom 19.12.; Angehörigen Info 240

VR China

Konzeptionen für die Entwicklung einer neuen, „gerechteren“ Weltwirtschaftsordnung

Welche Auswirkungen haben die Gewalt des Weltmarktes und die Herausbildung der Weltgesellschaft auf verschiedene Länder und Regionen. Gibt es die Möglichkeit alternativer Entwicklungswege? Wie sehen sie aus in der Realität, welche Diskussionen gibt es? Dieser Fragestellung wollen wir in den *Politischen Berichten* an verschiedenen Beispielen nachgehen.

Im Folgenden eine kurze Darstellung der Diskussionen, die in der VR China zu diesem Fragenkomplex entwickelt werden

Die Einteilung der Welt in „Pole“ und „potenzielle Pole“

Ende 1999, brachte das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Chinas Renmin Ribao (RMRB) ein Interview mit dem Vorsitzenden der „Abteilung für Internationale Strategie“ innerhalb der „Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften“. Shen Jiru. Shen legte dort die auch von der chinesischen Regierung geteilte Einschätzung über die gegenwärtige Widersprüche in der Welt dar. Es ging im Wesentlichen um die Theorie von der Einteilung der Welt in Pole, potenzielle Pole und das Konzept der multipolaren Gesellschaft und darum, welche außenpolitische Strategie China im neuen Jahrtausend in der Weltpolitik anwenden soll. Unter „Polen“, so die RMRB, sind Machtzentren zu verstehen, die weltweit einen relativ starken Einfluss auf die Bereiche Wirtschaft, Politik, Militärwesen, Wissenschaft und Kultur ausüben.

Gegenwärtig sind in der Welt fünf solcher Pole (USA, Russland, EU, Japan und China) zu unterscheiden, die Ende 1999 mit 73,5% am weltweiten BIP beteiligt waren, die außerdem die stärksten militärischen Streitkräfte unterhielten, im wissenschaftlich-technischen Bereich führend waren und die zu den Ständigen Mitgliedern des UNO-Sicherheitsrats gehörten.

Unter den fünf Polen gab es allerdings nur einen einzigen „vollkommenen Pol“, nämlich die USA, so dass die gegenwärtige Konstellation zutreffender vielleicht mit der Formel „eine Supermacht und mehrere Großmächte“ beschrieben werden könnte.

Bereiche wie Brasilien (in Südamerika), die ASEAN (in Südostasien), Südafrika (innerhalb der Südafrikanischen Entwicklungsgemeinschaft) oder Indien (in Südasien) sind angesichts wirtschaftlicher Probleme gegenwärtig eher „mögliche Pole“, deren Stärke im 21. Jahrhundert zunehmen, freilich auch wieder abnehmen könne.

Seit dem 16. Jahrhundert hat es immer wieder Hegemonialmächte gegeben, die einander allerdings schnell abgelöst ha-

ben, angefangen von Portugal über Spanien und die Niederlande bis hin zu Großbritannien und schließlich den USA, wobei die USA die erste wirklich globale Supermacht sind. Die Geschichte habe bewiesen, dass es keine ewige Hegemonie gebe, sondern dass hier ein ständiger Stafettenwechsel stattfindet, wobei bisher allerdings immer Kriege den entscheidenden Anstoß gegeben haben – also blutige Ereignisse, wie sie unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts keinesfalls mehr stattfinden sollten.

Sinkende Macht der USA

Die Meinung, dass angesichts der gegenwärtigen Stärke der USA eher von einer monopolen als von einer multipolaren Welt gesprochen werden müsste, sei abwegig. Denn erstens gibt es immer noch viele Mächte, die dem Ausdehnungsstreben der USA bewusst entgegenwirken (dazu gehört u.a. die VR China), und zweitens nehme die Vorrangstellung der USA in dem Ausmaß ab, als andere Länder und Allianzen an Stärke gewinnen. Rechne man den Anteil der USA am weltweiten BIP auf das ganze 20. Jahrhundert um, so habe er bei 30% gelegen, sei aber schon 1998 auf 27,4% zurückgegangen und falle bis zum Jahre 2020 auf voraussichtlich 10–15% ab. Auch der US-Dollar, der die Basis für die Hegemonie der USA abgebe, erhalte neue Konkurrenz, sei es nun durch den Euro, dessen Anteil bis 2020 schon bei 40% der Devisenreserven und -abrechnungen liegen dürfte, oder sei es durch andere Währungen wie z.B. dem RMB Yuan.

Darüber hinaus gehe der Wert des US-Dollar auch wegen der riesigen passiven Handelsbilanz der USA zurück, eine Last, die für 1999 auf rund 300 Milliarden US-\$ geschätzt werden könne.

Nicht nur beim BIP und in der Devisenkonkurrenz, sondern auch beim politischen Einfluss nehme die Macht der USA unauffhaltsam ab, sei es nun, dass die anderen Pole an Einfluss hinzugewinnen, oder sei es, dass die UNO am Ende doch noch jenen Stellenwert erhält, der ihr aufgrund ihrer globalen Rolle zukommt. Allerdings handle es sich hier um einen längerfristigen Prozess, der von Ereignissen wie z.B. dem Eingriff der NATO in das Kosovo-Geschehen immer wieder ein Stück zurückgeworfen wurde. Gleichwohl sei der Trend zur Multipolarisierung unaufhaltsam.

Was sind die Eigenschaften einer „multipolaren Welt“?

Zunächst einmal sei die multipolare Welt ein Kosmos, in dem es keine Hegemonie mehr gebe und die als solche übrigens auch für die USA von Vorteil sei, da der

Kampf um die Welthegemonie hohe Kosten verursache (man denke an die jahrzehntelange Dauerrivalität zwischen den beiden Supermächten USA und UdSSR) und da ein Nachlassen dieser Rivalität sogleich hohe „Friedensdividen- den“ abwerfe, wie die jüngste Entwicklung der US-Wirtschaft zeige.

Zweitens besitze die multipolare Welt eine „demokratische Struktur“, weil alle Länder, gleichgültig ob groß oder klein, stark oder schwach, das Recht hätten, sich an den internationalen Angelegenheiten zu beteiligen.

Drittens müssten zu den Eigenschaften einer multipolaren Welt auch noch (a) die Anerkennung von Vielfaltigkeit der internationalen Gemeinschaft, ferner (b) der Wunsch nach Suche und Herstellung gemeinsamer Interessen, (c) die Anwendung der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz und (d) die Beendigung des Rüstungswettlaufs gerechnet werden.

An „gemeinsamen Interessen“, deren globale Befolgung auch gegenseitiges Vertrauen herstellen könnte, fehle es ganz gewiss nicht – man denke an das Ringen um eine saubere Umwelt, an den Kampf gegen Drogenhandel sowie gegen internationalen Terrorismus und an Fragen der Nord/Süd- sowie der Süd/Süd-Zusammenarbeit.

Praktische Politik

Entsprechend der theoretische Grundlegung der multipolaren Welt haben dann verschiedene chinesische Politiker im vergangenen Jahr eine umfassende Reisediplomatie entfaltet. Vom Staatspräsident angefangen bis zu verschiedensten Mitgliedern der Regierung, steuerten sie praktisch alle wichtigen Länder der jeweiligen Kontinente an, um Konsultationen über die Umsetzung des Konzepts der multipolaren Welt zu führen. War der Ministerpräsident auch in der BRD, so lag doch nicht zufällig der Schwerpunkt der diplomatischen Visiten in den Ländern der Dritten Welt.

Höhepunkt dieser Aktivitäten war sicherlich der von 10.-12. Oktober 2000 stattfindende Afrika-Gipfel in Beijing

Unter Beteiligung von fast 80 Ministern aus 44 afrikanischen Staaten fand das erste Forum über chinesisch-afrikanische Zusammenarbeit statt. Aus chinesischer Sicht bestand der Zweck dieser Veranstaltung in erster Linie darin, Allianzen in der internationalen Politik zu schmieden und „Partner im Kampf gegen den Hegemonismus der USA zu finden“ (China aktuell (CA) 10/2000), wie es ein afrikanischer Diplomat ausdrückte. Diese Einschätzung bestätigte auch Yuan Shibin vom Institut für Auswärtige Angelegenheiten in Beijing: „Da das Selbstvertrauen und die Ambitionen Chinas für die Übernahme einer aktiveren Rolle in der internationalen Politik wüchsen, sei man nun bemüht, mehr Länder im Kampf gegen den US-Hegemonismus hinter sich zu sammeln“. (CA 10/2000)

Da die VR China von afrikanischer

Seite verschiedentlich dafür kritisiert worden war, nur zu reden, ohne Taten folgen zu lassen, bot das Gipfeltreffen im eigenen Land China eine willkommene Gelegenheit, die Aufrichtigkeit seiner Worte durch Taten unter Beweis zu stellen. Was hätte dazu besser geeignet sein können als ein Schuldenerlass im Umfang von 1,21 Mrd. US-\$ für die ärmsten afrikanischen Länder. Dies versprach nicht nur der chinesische Außenhandelsminister Shi Guangsheng auf der chinesisch-afrikanischen Konferenz (FAZ,



Blockfreienkonferenz 1961 in China. Bild: Tito (Jugoslawien) und Nasser (Ägypten)

12.10.00), sondern das wurde auch unter Punkt 8 in das gemeinsam verabschiedete „Programm für chinesisch-afrikanische Zusammenarbeit für wirtschaftliche und soziale Entwicklung“ aufgenommen. China – obgleich ebenfalls Entwicklungsland und Nettoschuldner – tue damit einen ersten Schritt, während die Hauptgläubigerstaaten und internationalen Finanzinstitutionen sich weiterhin fragen lassen müssten, wann sie denn ihrerseits ihrer Verantwortung gegenüber den Ärmsten ihrer Gläubiger im gebotenen Umfang gerecht werden wollten. Der chinesische Verzicht auf Rückzahlung bzw. die Reduzierung der Zahlungsverpflichtungen für die ärmsten afrikanischen Staaten in Höhe von 1,21 Mrd. US-\$ werde innerhalb der nächsten zwei Jahre realisiert.

In einer gemeinsamen Schlusserklärung wurde festgestellt: Der Prozess der wirtschaftlichen Globalisierung komme bislang fast ausschließlich den entwickelten Nationen zugute und vergrößere das bestehende Wohlstandsgefälle weiter, während die wachsende Interdependenz auf ökonomischem Gebiet die wirtschaftliche Sicherheit der ärmsten Länder Afrikas noch verletzbarer mache und letztlich auch die staatliche Souveränität neuen Gefahren aussetze. Intensive Konsultationen mit dem Ziel einer größeren Solidarisierung unter den Entwicklungsländern sowie eine enge Süd-Süd-Zusammenarbeit zwischen China und den Staaten Afrikas sei der Errichtung einer neuen Weltordnung dienlich. Um die demokratischen Prinzipien der Vereinten Nationen tatsächlich zu verwirklichen, sollten die bislang unterre-

präsentierten Entwicklungsländer in verstärktem Maße in den internationalen Wirtschafts- und Finanzinstitutionen und nicht zuletzt auch im UN-Sicherheitsrat vertreten sein.

Jedem Land müsse das Recht zugestanden werden, auf gleichberechtigter Basis an der internationalen Politik zu partizipieren. Keinem Land dürfe es erlaubt sein, einem anderen seinen Willen aufzuzwingen, in dessen innere Angelegenheiten einzugreifen oder unilaterale Strafmaßnahmen zu verhängen – unter

welchem Vorwand auch immer. Zwar müsste die Universalität der Menschenrechte respektiert werden, jedem Land müsse es angesichts kultureller, historischer und gesellschaftlicher Unterschiede jedoch freigestellt bleiben, einen eigenen Weg und eigene Modelle für die Förderung und den Schutz von Menschenrechten im eigenen Land zu entwickeln. Insbesondere die Politisierung der Menschenrechtsfrage und die Verknüpfung von wirtschaftlicher Hilfe mit Menschenrechtsauflagen stellten ih-

rerseits eine Verletzung der Menschenrechte dar, der entschiedener Widerstand entgegengesetzt werden müsse. Auch die Verkettung der Schuldenreduktion für die Länder Afrikas mit politischen Zielen der Gläubigerländer sei nicht hinnehmbar.

Man wolle daher die Zusammenarbeit zwischen China und Afrika auf allen Gebieten ausbauen und im Rahmen der Süd-Süd-Kooperation eine langfristige und stabile Partnerschaft neuen Typs entwickeln, um so durch vertieften Dialog den Grundkonsens zwischen den beteiligten Staaten zu erweitern, die Positionen in internationalen Angelegenheiten zu vereinheitlichen und mit gegenseitiger Unterstützung für die legitimen Interessen Chinas und der afrikanischen Staaten einzutreten.

Zu diesem Zweck wurde von den Teilnehmern des Gipfeltreffens das zwanzig Punkte umfassende „Programm für chinesisch-afrikanische Zusammenarbeit für wirtschaftliche und soziale Entwicklung“ verabschiedet, das neben anderem relativ konkrete Schritte für eine Erweiterung der politischen und wirtschaftlichen Kooperation, Handels- und Wirtschaftsförderung, die Öffnung des chinesischen Marktes für afrikanische Produkte, chinesische Unterstützung bei Infrastruktur- und Ingenieurbauprojekten in Afrika, gemeinsame Projekte in der Nutzbarmachung von Energie- und sonstigen natürlichen Ressourcen in Afrika, die Fortsetzung der medizinischen Hilfen Chinas und eine enge Zusammenarbeit in der Rüstungskontrolle vorsieht. *hav*
Quellen: Verschiedene Ausgaben der Zeitschrift des Instituts für Asienkunde: China aktuell

Kosovo-Politiker: Internationale Konferenz erst nach Wahlen und Referendum

Der UN-Botschafter der USA hat am 11.12. erklärt, die Lösung der Frage des Status von Kosova verlange eine internationale Konferenz ähnlich der in Dayton, Ohio, zu Bosnien-Herzegowina vor über fünf Jahren. Holbrooke sagte, er wisse, dass einige Staaten der Europäischen Union, einschließlich zweier Mitglieder des Sicherheitsrates der UN, mit dieser Position nicht einverstanden seien. Er wolle aber deutlich machen, dass der Status Kosovos internationaler Gespräche bedarf. Die Kosovaren müssten Wahlen abhalten, am besten im kommenden Frühjahr. Die Entscheidung liege jedoch bei der neuen Regierung in Washington und beim Sicherheitsrat. Die albanischen politischen Parteien reagierten rasch auf Holbrookes Äußerungen und machten deutlich, dass eine derartige Konferenz falsch und voreilig sei, solange es keine kompetenten rechtlichen und politischen Organe in Kosova gebe. Für die PDK (Demokratische Partei Kosovos) erklärte (Generalsekretär) Jakup Krasniqi, dass eine internationale Konferenz über den Status Kosovos sogar nach dem Abkommen von Rambouillet erst stattfinden dürfe, nachdem die Kosovaren ihre Meinung in einem landesweiten Referendum geäußert hätten. Vertreter anderer Parteien, so Sherif Konjufca für die Allianz für Kosovo, Ibrahim Shala für das Liberale Zentrum Kosovos, Basri Masmurati für die Vereinigte Demokratische Bewegung und sogar Nebahat Doan für die Türkische Volkspartei Kosovos teilten KOSOVAPRESS mit, sie stimmten zwar der Initiative Holbrookes zu, eine solche Konferenz müsse jedoch die Entscheidung des Volkes von Kosovo respektieren und könne daher ein landesweites Referendum in Kosovo nicht vorwegnehmen. Alle Sprecher erklärten gegenüber KOSOVAPRESS, der endgültige Status Kosovos dürfe nicht weniger als die vollständige Unabhängigkeit von Serbien und dem Rest Jugoslawiens bedeuten. Sie äußerten sich zuversichtlich, dass die internationale Gemeinschaft diese unabänderliche Tatsache anerkennen und einen künftigen souveränen Staat Kosovo zulassen werde. (Quelle: Kosovo Info Line)

Belgrad dringt auf Lösung des Konflikts in Nordkosovo

Jugoslawien hat die Uno aufgefordert, den Rückzug albanischer Kämpfer aus der entmilitarisierten Zone Südserbien schnell durchzusetzen. Andernfalls will Belgrad den Konflikt selber lösen. In einer gemeinsamen Erklärung drohten die Regierungen Serbiens und Jugoslawiens am Samstag, im Falle weiterer Zusammenstöße die „international anerkannten Mittel zur Terrorismusbekämpfung“ einzusetzen. Vertreter beider Ka-



Albanische Stellungen im Presevoval

binette sowie Präsident Kostunica waren in Bujanovac am Rande der Verwaltungsgrenze zwischen Kosovo und Südserbien zusammengekommen, um Maßnahmen gegen die Gewalt „albanischer Terroristen“ zu diskutieren. Der Uno-Sicherheitsrat will am Dienstag über die Krise beraten. In den vergangenen Wochen war es in der entmilitarisierten Zone wiederholt zu Zusammenstößen zwischen Kosovo-Albanern und der serbischen Polizei gekommen. Beim jüngsten Zwischenfall am Sonntag kamen zwei Serben im Norden Kosovos bei gewalttätigen Protesten gegen die Festnahme eines Landsmannes durch die Friedenstruppe Kfor ums Leben. (Quelle: NZZ 18.2.2000)

China: Herbsttagung des ZK der KP China zu Ereignissen in Belgrad und die Zukunft des politischen Systems der VR China

Ein wichtiges Diskussionsthema innerhalb der inoffiziellen Agenda der Plenartagung waren die Ereignisse in Belgrad. Wie die gut informierte Monatszeitschrift Jingbao berichtet, beschäftigte der Machtwechsel in Jugoslawien die Tagungsteilnehmer insbesondere unter der Fragestellung, ob sich ähnliche Ereignisse, wie von internationalen Medien vorausgesagt, auch in der VR China ereignen könnten; Jiang Zemin selbst habe das Thema angesprochen, das anschließend ausführlich diskutiert worden sein soll. Als Gründe für den Machtverlust der Regierung unter Milosevic seien zum einen die verbreitete Korruption, Vetternwirtschaft und „Familien-Clan-Politik“ zu sehen, zum anderen aber vor allem die Tatsache, dass Milosevic es nicht geschafft habe, den Lebensstandard der Bevölkerung anzuheben; vielmehr sei dieser auf Grund einer falschen Wirtschafts- und Sozialpolitik in den vergangenen Jahren zusehends gesunken, sodass die Regierung das „Vertrauen der Massen“ verloren habe. Erst durch diesen Vertrauens- bzw. Legitimationsverlust der Regierung im eigenen Land habe die militärische

Aggression des Auslands (der Eingriff der NATO in den Kosovo-Krieg) ihre erodierende Wirkung auf die politische Situation in Serbien entfalten können. In China seien die politischen Ausgangsbedingungen deshalb grundsätzlich andere als in Jugoslawien, weil das zentrale Kriterium einer stabilen Herrschaft, nämlich ein steigender Lebensstandard der Bevölkerung, durch die von der Kommunistischen Partei eingeleitete Wirtschaftsreformpolitik nachhaltig gewährleistet sei. (Quelle: China aktuell 10/2000)

Polnische Arbeitnehmer sollen sieben Jahre warten

Die Bundesregierung will den Arbeitsmarkt nach der EU-Osterweiterung in der Regel noch für mindestens 7 Jahre gegen Arbeitnehmer aus Mittel- und Osteuropa abschotten. Erst nach dieser Übergangsfrist sollen Polen, Tschechen, Ungarn und andere Mittel- und Osteuropäer das Recht bekommen, sich in der EU frei niederzulassen und eine Arbeitsstelle anzunehmen. Darauf haben sich die betroffenen Bundesministerien nach Informationen der „Berliner Zeitung“ auf höchster Beamtenebene verständigt. Die Verhandlungen zwischen dem Auswärtigen Amt, dem Wirtschafts- und dem Arbeitsministerium über die Arbeitnehmer-Freizügigkeit hätten fast ein Jahr gedauert und seien äußerst schwierig gewesen. Das Arbeitsministerium habe eine sehr viel längere Übergangsfrist von 15 bis 20 Jahren verlangt, sich mit dieser Forderung jedoch nicht durchsetzen können. Am Ende verständigten sich die Ressorts den Angaben zufolge darauf, sich im Wesentlichen an den Präzedenzfällen Portugal und Spanien zu orientieren. Die beiden Staaten, die in den achtziger Jahren EU-Mitglied geworden waren, hatten für ihre Arbeitnehmer nach einer Übergangsfrist von acht Jahren in der EU völlige Freizügigkeit erhalten. (Quelle: Berliner Zeitung 17.12.2000)

Telekom – Vorreiter der Ostexpansion

7,2 Mrd. Euro hat die Telekom seit Anfang der 90er Jahre in die Erschließung des östlichen Europa (einschl. Österreich) investiert. In Ungarn ist sie mit 60% beim größten Netzbetreiber Matav (Umsatz 1,5 Mrd. Euro) beteiligt. Mit Matav erobert sie gerade den Markt in Rumänien, Bulgarien und Mazedonien. In der Slowakei, in Tschechien, Kroatien, Polen, der Ukraine und Russland hat sie bei Mobilfunkfirmen Anteile zwischen 16 und 51% ergattert, in einigen Ländern (Slowakei, Tschechien, Kroatien) tätig sie auch im Festnetzbereich ihre Geschäfte. Nur in Polen streitet sie derzeit mit ihren Partnern des Mobilfunkunternehmens PTC vor einem Schiedsgericht. (Quelle: Süddeutsche Zeitung 11.12.)

Zusammenstellung: hav

DRESDEN/POTSDAM/BERLIN. Rund 10.000 Studierende zogen am 12. Dezember durch die Dresdner Innenstadt und versammelten sich vor dem sächsischen Landtag (Bild: „Finger weg vom Bildungstopf Rabenvater Biedenkopf!!!“). Die Konferenz Sächsischer Studierender (KSS) forderte, die geplanten Streichungen von 1.700 Stellen und Senkung der Studentenzahlen um 20–30 Prozent zurückzunehmen. Aus gleichem Anlass besetzten rund 400 Studenten symbolisch für eine halbe Stunde das Brandenburgische Wissenschaftsministerium, um auf die prekäre finanzielle Situation der Potsdamer Universität aufmerksam zu machen. Im Haushalt der Uni fehlen für das kommende Jahr knapp zehn Millionen Mark. Spätestens 2002 wäre dann mit der Schließung von Teilen der Uni zu rechnen sein. In einer „Notsammlung“ für die Uni unter den Mitarbeitern des Ministeriums erzielten sie eine „Höchstsumme“ von zwanzig Mark, die sie für Heizkosten zur Verfügung stellten. Auch in Berlin protestierten Studenten gegen geplante Mittelkürzungen des Senats mit einer Besetzung des Otto-Suhr-Instituts am 11. Dezember.

www.stura.tu-chemnitz.de,

Studierende klagen gegen „Verwaltungsgebühren“ der Hochschule

POTSDAM. Am 11. Dezember haben zwei Studierende der Universität Potsdam eine vorbeugende Unterlassungsklage gegen die vom Lande Brandenburg durch die Hochschulen ab dem Sommersemester 2001 von jedem Studierenden erhobene Verwaltungsgebühr in Höhe von 100 DM vor dem Verwaltungsgericht Potsdam eingereicht. Zeitgleich gaben je zwei Studierende ihre Klagen vor den Verwaltungsgerichten Cottbus und Frankfurt/Oder ab. Die 100 DM fließen nicht in die Kassen der Hochschulen, sondern direkt in den Landeshaushalt. Deshalb ist schon der Begriff der Verwaltungsgebühr irreführend. Der Verwaltungsaufwand für die Rückmeldung und Betreuung der Studierenden liegt nämlich bei der Universität, die weiterhin eine eigene Verwaltungsgebühr in Höhe von 10 DM pro Semester erhebt. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft unterstützt die Klage.

www.asta.uni-potsdam.de

Protest gegen Filbinger-Auftritt im Mannheimer Stadtarchiv

MANNHEIM. 15 Jugendliche haben beim Auftritt des ehemaligen NS-Marinerichters Dr. Hans Filbinger im Stadtarchiv protestiert und gefordert, dass diese städtische Einrichtung sich nicht zu einem „Forum für Nazikriegsverbrecher“ macht. Filbinger, Ministerpräsident Baden-Württembergs a.D., und inzwischen 85-jähriger noch sehr rüstiger „Mannheimer Bub“, war am 29. November als Hauptredner geladen worden. Anlass war die Übergabe eines Nachlasses zum Bund Neudeutschland, einer katholischen Jugendbewegung, die von den Nazis verfolgt und 1939 verboten wurde. Filbinger war Anfang der 30er Jahre selbst Mitglied des Bundes. Filbinger tat die Störung damit ab, dass das alles „wilde Parolen, die seit Jahren widerlegt“ und diese „Antifas versprengte Haufen und

kommunistisch unterwandert“ seien. Denen gehe es um die „Verfälschung der Geschichte im Ganzen und der Biografien im einzelnen“.

er

Greenpeace will Patent auf Leben in ein Mahnmahl einbetonieren

MÜNCHEN. Als Mahnmahl gegen die unkontrollierte Patentierung von Lebewesen und Genen errichteten Greenpeace-Aktivistinnen am 29. November eine drei Meter hohe und zwei Meter breite Stahlplatte vor dem Europäischen Patentamt (EPA) in München. Während in dem Gebäude der letzte Sitzungstag der internationalen Patent-Konferenz stattfand, schweißten und neteten die Umweltschützer die 200 Kilogramm schwere Stahlkonstruktion zusammen. Zugleich versuchten sie, in den Sockel Patentanträge auf Lebewesen und Gene einzubetonieren, die Greenpeace bei Recherchen im Patentamt entdeckt und beschlagnahmt hatte. Dabei ist es zu heftigen Rangeleien mit der Polizei gekommen, die dies verhindern wollte. „Wir fordern, dass jetzt die Europäische Kommission einen Entwurf für eine neue Richtlinie vorlegt, der den Patentämtern klare

Grenzen setzt“, erklärt Dr. Christian Then, Patent-Experte bei Greenpeace. *dil*

17-jähriger Flüchtling erhängt sich – Trauermarsch am 23. Dezember

HANNOVER. Am Morgen des 8. Dezember erhängte sich in der Abschiebehaftanstalt Langenhagen der tamilische Flüchtling Arumughasamy Subramaniam an seinen Schnürsenkeln. Drei Tage später sollte er abgeschoben werden. Die Familie seines Onkels in Ahrensberg (NRW), die seit 1997 die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt, bemühte sich mit Hilfe eines Rechtsanwaltes intensiv darum, den alleinstehenden Jungen zu adoptieren. Das eingeleitete Adoptionsverfahren wollte der Landkreis Osnabrück nach rechtskräftiger Ablehnung des Asylantrags nicht mehr abwarten. Der Internationale Menschenrechtsverein Bremen ruft für den 23. Dezember zu einem Trauermarsch nach Hannover auf: 11 Uhr, Hauptbahnhof. Weitere Informationen beim Flüchtlingsrat Niedersachsen, Hildesheim. Fax: 05121/31609, E-Mail: Buero@flueraat-nds.com, link.apc.org www.humanrights.de

Polizei stürmte die Therapie-Einrichtung für Folteropfer XENION

BERLIN. Am 24. November verletzte sich der kurdische Jugendliche Davut K., der die psychotherapeutische Beratungsstelle für politisch verfolgte, XENION, aufgesucht hatte, lebensgefährlich auf der Flucht vor einem Einsatzkommando der Berliner Polizei. In Panik stürzte er sich drei Etagen tief aus dem Fenster der Beratungsstelle, als Polizisten mit gezogenen Waffen die Beratungsstelle stürmten. Davut K. gehört zum Personenkreis von durch Folter schwer traumatisierter Flüchtlinge. In einer Protesterklärung von XENION heißt es: „Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Einrichtung sind bestürzt und entsetzt über das Vorgehen der Polizei. Der Tatvorwurf des



Fahrens ohne gültigen Fahrtausweis an den Jugendlichen steht in keinem Verhältnis zum wissentlichen und gewaltvollen Eindringen in die Räume einer Therapieeinrichtung für Folteropfer ... Es ist unerklärlich, wieso die Beamten die Aufforderungen des behandelnden Therapeuten und Leiters der Einrichtung ignorierten und sich offensichtlich ohne ausreichende Rechtsgrundlage mit Gewalt Zutritt verschafften ... Wir befürchten, dass ohne grundsätzliche Änderungen in der Einstellung der Polizei gegenüber politisch verfolgten Flüchtlingen und gegenüber therapeutischen Schutzräumen für Opfer von Folter und politisch motivierter Gewalt sich derartige Vorfälle wiederholen können. Menschen, die aufgrund von Verfolgung und Folter an behandlungsbedürftigen psychischen Erkrankungen leiden, sind keine gefährlichen Kriminellen ... Auch und gerade die politisch Verantwortlichen, die zum „Aufstand der Anständigen“ aufrufen, sind zur Stellungnahme und zum Handeln aufgerufen, ggf. auch dazu, die Polizei dieser Stadt in ihre Schranken zu weisen.“ www.tacheles.wtal.de

Arbeitskreis Asyl begrüßt Abschiebestopp für arbeitende Flüchtlinge

BAD KREUZNACH. Der AK Asyl Rheinland-Pfalz begrüßt die Entscheidung von Innenminister Zuber, Flüchtlinge, die in einem festen Arbeitsverhältnis stehen, vorerst nicht abzuschieben. Er fordert, dass aus dieser vorläufigen Regelung im kommenden Jahr ein bundesweites Bleiberecht für integrierte Flüchtlinge wird. In der AK-Erklärung heißt es: „Bitter ist allerdings, dass durch das für die nach dem 15. Mai 1997 eingereisten Flüchtlinge geltende generelle Arbeitsverbot diesen Menschen jahrelang Arbeit und Integration verweigert worden ist ... Diese inhumane und zukunftsfeindliche Praxis muss beendet werden. Auch eine Beschränkung des Arbeitsverbots für

Flüchtlinge auf ein Jahr ist im Lichte der Argumente von Innenminister Zuber unsinnig. Der AK Asyl Rheinland appelliert an die Landesregierung, die Politik der Ausgrenzung von Flüchtlingen aufzugeben und alle Maßnahmen der Abwehr und Abschreckung auf den Prüfstand zu stellen.“ www.asyl-rlp.org

Teilsieg der „Freien Heide“ gegen die Bundeswehr

WITTSTOCK. Die Bundeswehr darf den Bombenabwurfplatz in der Kypritz-Ruppiner Heide im Norden Brandenburgs – bekannt als „Bombodrom“ – vorerst nicht nutzen. Das Bundesverwaltungsgericht in Berlin bestätigte am 14. Dezember ein entsprechendes Urteil des brandenburgischen Oberverwaltungsgerichts vom März 1999 und ließ eine Revision nicht zu. Geklagt hatten die Gemeinden Rosso und Schweinrich, deren Flächen zum Teil auf dem ehemaligen Truppenübungsplatz der sowjetischen Streitkräfte liegen. Sollte die Bundeswehr weiter die Absicht haben, den Platz militärisch zu nutzen, muss sie ein Planungsverfahren einleiten und die Gemeinden dabei einbeziehen. Die Bundeswehr hat nach dem Richterspruch aber kein Recht, jene Flächen zu nutzen, die den Gemeinden gehören. Dazu müsste sie die Flächen erst erwerben. Die „Initiative pro Bundeswehr“ musste ihre vorbereitete Presseerklärung „Es ist vollbracht – Wittstock wird Garnisonsstadt“ wieder einpacken. Die zahlreich angereisten Mitglieder und Unterstützer der „Bürgerinitiative Freie Heide“ feierten in den Berliner Innenstadt mit einer spontanen Demonstration. Ihren Prozesskostenfonds will sie aber noch nicht auflösen. Auch der traditionelle Neujahrsmarsch „Für eine freie Heide“ soll wie gewohnt am 1. Januar stattfinden.

Wolfgang Gehrcke, PDS, dessen Wahl-



kreis in der Region liegt, erklärte, dass nun die SPD/Grünenfraktion einen lange angekündigten Antrag zur weiteren Nutzung der Heide in den Bundestag einbringen soll. Wenn sie es nicht tun, wird die PDS den Antrag einbringen. www.uni-kassel.de/fb10/frieden/aktuell

„Mehr Demokratie in Thüringen“ erstmals mit Rekordergebnis

ERFURT. Für das Volksbegehren „Mehr Demokratie“ haben sich in der viermonatigen Sammelfrist bis zum 27. November 381.405 BürgerInnen (19,26%) eingetragen. Sie wurden am 15. Dezember bei den Behörden zur Überprüfung eingereicht. Damit übertraf das 22 Verbände umfassende Aktionsbündnis deutlich die vorgeschriebene Hürde von 277.233 Stimmen (14%). Ziel des Antrags sind faire Spielregeln für Volksbegehren und Volksentscheide in der Landesverfassung. Die Aktion ist unter dem Motto gestartet: „Einmal die hohen Hürden überspringen, um sie dann zu senken“. Nach Angaben von Mehr Demokratie ist dies das erste erfolgreiche Volksbegehren in Thüringen. Liegt die Bestätigung der Behörden vor, muss sich der Landtag mit dem Gesetzentwurf befassen. Im Falle einer Ablehnung käme es im nächsten Jahr erstmals in einem ostdeutschen Bundesland zu einem bürgerinitiierten Volksentscheid. www.mehr-demokratie.de

MÜNCHEN. Am 9. Dezember führte die „Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen“ in München eine Demonstration gegen Abschiebung und sozialen Ausschluss durch. Der Protest richtete sich gegen die Regierung von Oberbayern, der eine rassistische Politik gegenüber Flüchtlingen und Migrantinnen vorgeworfen wird: Die Regierung von Oberbayern ist verantwortlich für die Unterbringung von Flüchtlingen in staatlichen Flüchtlingsunterkünften. Als Beispiel für die schlechten Bedingungen in diesen Unterkünften steht das Flüchtlingslager in München/Riem, wo die BewohnerInnen beinahe wie in einem Gefängnis untergebracht sind. Bei der Regierung von Oberbayern befindet sich auch die „Zentralstelle für Rückführung“, die verantwortlich ist für die Beschaffung von „Heimreisepapieren“ zur Abschiebung bei den Botschaften. Außerdem organisiert sie Sammelabschiebungen mit Charterflügen. Es wurde dazu aufgerufen, Briefe und Faxe an die Regierung von Oberbayern zu schreiben, in denen gegen die Überwachungs- und Kontrollmaßnahmen in der Flüchtlingsunterkunft Riem/Schwankhardweg protestiert wird. dil





Kölner Demonstration gegen Nazi-Aufmarsch Anständiger Aufstand gegen Rechts!

Am 9. Dezember demonstrierten in Köln ca. 25 000 Menschen gegen einen Aufmarsch von Neonazis. Anders als in Dortmund und Düsseldorf waren diesmal keine Repräsentanten des Staates und der Parteien Träger der Veranstaltung, sondern das Bündnis „Köln stellt sich quer“ und viele andere anti-rassistische Initiativen und Gruppen, der DGB, der Runde Tisch für Ausländerfreundlichkeit und die AG Arsch huh – für eine Mobilisierung von unten eine beachtlich große Demonstration.

Ein breites Bündnis, aber wie?

Als Anfang November bekannt wurde, dass die neofaschistischen Kameradschaften in Köln einen Nazi-Aufmarsch planen, wurde das Bündnis „Köln stellt sich quer“ reaktiviert und leitete erste Vorbereitungstreffen ein. Das Bündnis hatte bereits im Mai 1999 einen Nazi-Aufmarsch in der Kölner Innenstadt trotz großen Polizeiaufwands erfolgreich zum Stoppen gebracht. 2 000 Kölner hatten sich quer gestellt. Im Herbst 1999, beim zweiten Nazi-Aufmarsch riegelte die Polizei dann das Kunibertsviertel (ca. 5 000 Einwohner) ab und ließ dort den Naziaufmarsch, zur Überraschung der Anwohner, durchziehen. Damals mobilisierte das Bündnis 3 000 Teilnehmer, die aber keine Chance hatten, den Aufmarsch der Nazis zu stoppen. Jetzt stand also der dritte Aufmarsch bevor. Somit wurde dem Logo des Bündnisses ein dritter Blumentopf, der auf einen Nazi fällt, angefügt. Das Logo ist eine Anspielung auf ein Ereignis aus dem Jahre 1933, als in der Kölner Elsassstrasse die Anwohner einen Aufmarsch der SA und SS mit

Blumentöpfen bewarfen.

Im Bündnis war klar, dass sich die politischen Rahmenbedingungen gegenüber den letzten Monaten verändert haben. Durch die zahlreichen Anschläge mit rechtsextremen Hintergrund und dem Verbotsantrag der Bundesregierung war die Öffentlichkeit sensibilisiert. Andererseits wollte das Bündnis inhaltliche Positionen, wie z.B. die Kritik am staatlichen Rassismus in die öffentliche Debatte hineintragen. Niemand wollte unbedingt mit der Landesregierung oder dem CDU-Oberbürgermeister eine Veranstaltung durchführen.

Aus diesem Dilemma gab es nur einen Weg: Mehrere Aufrufe, aber eine Veranstaltung, auf der keine Parteienvertreter oder Repräsentanten des Staates reden dürfen. Neben dem Bündnis „Köln stellt



sich quer“, das eher die linken und anti-faschistischen und antirassistischen Gruppen repräsentiert, u.a. Antifa K, VVN/BdA, SAV, PDS u.ä., bildete sich ein zweites Bündnis um „Öffentlichkeit gegen Gewalt“, dem sich auch sofort der DGB, der Runde Tisch für Ausländerfreundlichkeit und die Kölner SPD anschlossen. Die Zusammenarbeit der beiden Bündnisse entwickelte sich sehr fair und diszipliniert. Niemals war strittig, dass das Bündnis „Köln stellt sich quer“ Hauptveranstalter war und dass das PDS-Ratsmitglied Jörg Detjen Anmelder der Veranstaltung ist.

Mitte November beantwortete der CDU-Oberbürgermeister eine Anfrage der PDS-Ratsgruppe, ob die Stadtverwaltung eine Protestveranstaltung gegen den Nazi-Aufmarsch plane, mit einem klaren „Nein“. Oberbürgermeister Schramma und die Landesregierung waren sich einig, dass ein Verbot des Nazi-Aufmarsches nicht möglich sei und die Forderung nach einem Verbot der Kameradschaft, die zu der Veranstaltung aufrief, unrealistisch sei.

Der „Express“ und die AG Arsch huh machen mit

Über den geplanten Nazi-Aufmarsch an einem verkaufsoffenen Samstag in der Kölner Innenstadt wurde immer heftiger diskutiert. Das Bündnis druckte 5 000 Plakate und 25 000 Aufkleber und viele Flugblätter. Kurzfristig druckte der DGB 30 000 Flugblätter. An den Bündnissen beteiligten sich immer mehr Organisationen. Als der Katholikenausschuss auch zur Demonstration aufrief, war klar, hier ist eine breite Bewegung, ein Art Volksbewegung, in der Entwicklung. Die Kölner Musikszene um die Gruppen BAP, Brings und Gert Köster, die seit 1992 die AG Arsch huh gegründet hatten, die damals ein Konzert gegen die rechten Anschläge mit 100 000 Teilnehmer durchführte, stiegen mit dem Boulevard-Blatt „Express“ in die Kampagne gegen den Nazi-Aufmarsch ein. Der „Express“ veröffentlichte in der Woche vor dem Nazi-Aufmarsch in zwei Ausgaben ein ganzseitiges Plakat „Nazis haut ab“ mit dem Hinweis, dieses Plakat in die Fenster zu hängen. Mit diesem Ereignis nahm die Demonstration ganz andere Dimensionen an. Der Nazi-Aufmarsch wurde zum Gesprächsthema in der ganzen Stadt.

Die AG Arsch huh schaltet sich ein und wollte sich mit einer großen Bühne und einem Halbstunden-Konzert an der Veranstaltung beteiligen. Im Bündnis gab es Bedenken, ob „uns“ jetzt die Kundgebung aus der Hand genommen wird? Erneute Gespräche, die klar machten, dass niemand dem Bündnis „Köln stellt sich quer“ die Sache aus der Hand nehmen will. Das Veranstaltungsprogramm wird abgestimmt. Neben einem halbstündigen Kulturprogramm wird es drei Reden geben: Von der Antifa K, „kein mensch ist illegal“ und der Christlich-Jüdischen Gesellschaft. Dazu kam noch der Kaba-

rettet Wilfried Schmickler. Damit war klar, auf der Veranstaltung werden linke Inhalte vertreten.

Schülerdemonstration

Seit einigen Wochen hatte zahlreiche Schulen für den 5. Dezember einen Aktionstag gegen den Nazi-Aufmarsch vorbereitet. Die Lehrer hatten das Anliegen der Schülerinnen und Schüler und der Jugend-Antifa aufgegriffen, damit sie nicht zur Gegendemonstration hingehen. Als die Lehrer dann noch durchsetzten, dass Parteienvertreter auf der Kundgebung sprechen sollten, war der Frust groß. Die Schülerinnen und Schüler waren sich einig: Der Oberbürgermeister wird ausgepiffen. 4000 bis 5000 Schülerinnen und Schüler kamen zur Demonstration. Der Redner der PDS bekam auf der Kundgebung viel Beifall, der CDU-Oberbürgermeister wurde ausgepiffen. Es flogen sogar Eier. Auch das war am nächsten Tag Gesprächsthema.

Ein breites Bündnis ohne die CDU

Die CDU war stinksauer: Sie werde zu keiner Demonstration aufrufen, die ein PDS-Ratsherr angemeldet habe. Der Oberbürgermeister erklärte, er werde doch nicht hinter dem PDS-Ratsherrn „hinterherlaufen“. Nachdem der Druck aber immer größer wurde, rief der CDU-Oberbürgermeister zusammen mit dem SPD-Regierungspräsidenten Roters und dem SPD-Polizeipräsidenten Steffenhagen in großen Anzeigen doch zur Demonstration auf.

Die Presse sprach inzwischen von 50000, ja vielleicht so gar 100000 Teilnehmern, die erwartet würden. Das rief die Polizei auf den Plan: Der Kundgebungsplatz wäre zu klein. Ein neues Manöver. Das Bündnis meisterte auch dieses Problem. Der Kundgebungsplatz wurde als Abmarschpunkt für die Demonstration umfunktioniert und für die Abschlusskundgebung der Hohenzollernring gewählt. Die Absicht der Polizei, die Kundgebung weit weg vom Nazi-Aufmarschort zu verlegen, schlug fehl. Mit dem neuen Platz für die Abschlusskundgebung war man dem Naziaufmarsch viel näher kommen. Gleichzeitig verkündete die Polizei, dass sie den Nazi-Aufmarsch verbieten werde. Erleichterung machte sich breit. Das Verbot wurde dann aber vom Kölner Verwaltungsgericht am Vorabend der Veranstaltung aufgehoben.

Demonstration und Kundgebung

Um 9.30 Uhr sammelten sich 10000 Menschen auf dem Offenbachplatz. Auf der Demonstration zählte die Polizei 13000. Auf der Kundgebung auf dem Hohenzollernring waren es dann 25000. Darunter auch viele Prominente, wie z.B. der Fußballtrainer vom 1. FC Köln, Ewald Lienen.

Die Kundgebungsreden

Jan Henkel, von „kein mensch ist illegal“ erklärte: „Wer an die Öffentlichkeit ap-

Aus der Bundestagsdebatte über den Antrag zum NPD-Verbot

Dr. Guido Westerwelle (F.D.P.): Das Bundesverfassungsgericht hat in seinen Entscheidungen zu den Verboten der SRP und der KPD zu Recht sehr hohe Maßstäbe angelegt. Damals, zu Beginn und Mitte der 50er-Jahre, stand unsere Demokratie weiß Gott nicht auf so sicherem Boden. Das hat sich in den letzten 50 Jahren geändert. Deutschland ist seit langem eine gefestigte Demokratie. Es ist nicht zu erwarten, dass das Bundesverfassungsgericht die hohen Anforderungen an ein Parteiverbot herunterzuschrauben wird. Nach den uns zur Verfügung stehenden Unterlagen hat das Verbotsverfahren ein hohes Prozessrisiko. Das Scheitern einer solchen Klage wäre ein Desaster, weil die NPD gewissermaßen mit einem TÜV-Siegel anschließend in die Wahlkämpfe ziehen wird.

Dr. Gregor Gysi (PDS): Herr Westerwelle, Sie sagen, gerade die Erfolglosigkeit der NPD bei Wahlen halte Sie von einem solchen Verbot ab. Meiner Meinung nach wäre es viel problematischer, ein solches Verfahren durchzuführen, wenn die NPD mit jeweils 20 Prozent in den Landtagen säße, und zwar nicht nur deshalb, weil es dann vielleicht zu spät wäre, sondern auch deshalb, weil uns dann unterstellt würde, wir würden uns auf diese Art und Weise einer unliebsamen Konkurrenz entledigen wollen. Das aber kann uns gegenwärtig glücklicher-

weise niemand unterstellen. Dann möchte ich den Aspekt der Zweckmäßigkeit ansprechen; denn darüber kann man diskutieren. Dazu sage ich hier ganz offen und gleichzeitig so neblig, wie ich es nur formulieren kann: Über Zweckmäßigkeit kann man hinter verschlossenen Türen diskutieren, solange die Forderung nach einem Verbot nicht in breiter und öffentlicher Form erhoben worden ist. In dem Moment, wo dies geschehen ist, bedeutet eine Diskussion über den Grad der Zweckmäßigkeit eine Aufwertung dieser rassistischen und antisemitischen Partei.

Genau das können wir uns dann nicht mehr leisten. Das hätte man vorher tun müssen.

Ich möchte auch an die schwierige Situation von Justiz und Polizei erinnern. Heute ist die NPD noch eine legale Partei. Immer wieder versuchen Innensenatoren und viele andere Verantwortliche, ihre Demonstrationen, in denen klares rechtsextremistisches Gedankengut ausgetragen wird, zu verbieten. Sie scheitern in der Justiz am Parteienprivileg. Aufgrund dessen ist die Polizei verpflichtet, auch solche Demonstrationen zu schützen, weil die dann Ausdruck der Wahrnehmung eines Grundrechts sind.

Dann kommen nicht selten Linke und beschimpfen die Polizei. Dabei ist sie dafür überhaupt nicht verantwortlich. Wir sind zuständig, dafür zu sorgen, dass so etwas nicht legal betrieben werden kann.

Es ist wahr: Das NPD-Verbot ist weiß Gott nicht alles. Aber es ist auch nicht nichts.

pelliert, sich gegen rechte Gewalt gegen Ausländer zu engagieren, darf dieser nicht anderswo Vorschub leisten. Wenn man sieht, wie die herrschende Politik Menschen nach Nützlichkeitskriterien aussortiert, kann es kaum wundern, dass Nazis noch eins drauf setzen und versu-

chen, Deutschland auf ihre Weise zur „national befreiten Zone“ zu machen.“

Dr. Jürgen Wilhelm, Vorsitzender der Kölnischen Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit griff die CDU an: „Es gibt Taten, die können nicht entschuldigt, es gibt Entwicklungen, die können nicht mehr rückgängig gemacht werden, und es gibt Worte – vor allem auch politische Worte –, die zu bestimmten Zeiten gesprochen wie geistige Brandstiftung wirken.“

Das Grundgesetz verbietet nicht nur Diskriminierung, es gebietet Toleranz gegenüber jedermann.

Wenigstens hierüber sollte politische Einigkeit herrschen. Der Historikerstreit, Martin Walser, Kinder statt Inder, die sogenannte Leitkultur, all dies sind für sich gesehen in einer Demokratie zulässige Überlegungen. Ihre konkreten politischen Folgen sind allerdings absehbar und häufig genug auch beabsichtigt. Denn es gibt kein Wort ohne Sprecher, und es gibt keine Tat ohne Täter.“

Monika Langen, Antifa K kritisierte die Stadtverwaltung: „Lieber



Herr Schramma, wir erinnern uns noch genau wie ihre Parteigenossen in der Kölner Fußgängerzone Unterschriften gegen die doppelte Staatsbürgerschaft sammelten. Wir erinnern uns, wie ihre Kollegen erfreut Unterschriften von Rassisten entgegennahmen, die fragten: Wo kann ich hier gegen Ausländer unterschreiben?

Wir fragen uns, ist das deutsche Leitkultur, wenn Nazis durch solche Kampagnen ermutigt werden ihren Terror auf der Straße auszuüben?

Doch nicht nur die CDU, sondern auch die rot-grüne Regierung tut ihr übriges, um das Klima weiter anzuheizen, auch sie diffamiert Flüchtlinge als Sozialschmarotzer, Wirtschaftsflüchtlinge und Kriminelle, pfercht sie in Sammelunterkünften zusammen, sperrt sie in Abschiebeknäste ein und schiebt sie in Staaten ab, in denen ihnen Folter, Haft oder Hunger drohen.“

Auf zum Ebertplatz

Der Ablauf der Veranstaltung war genau geplant. Das Bündnis war sich einig, um 11.30 Uhr muss die Kundgebung beendet sein, damit die Teilnehmer, die zum Nazi-Aufmarsch ziehen wollen, dort auch pünktlich um 12 Uhr eintreffen können. Künstler und Redner hielten sich an den Vorgaben. Als klar wird, dass von der Bühnen zum friedlichen Weitermarsch zum Ebertplatz aufgerufen würde, verhandelt das SPD-Ratsmitglied Karl Heinz Pütz um den organisierten Weitermarsch. Die Polizei willigt ein. Wolfgang Niedeggen von der Gruppe BAP ruft dann zum friedlichen Protest gegen die Neonazis auf. Punkt 11.30 Uhr setzt sich ein großer Demonstrationzug in Bewegung, ob es 5 000 oder 10 000 waren, lässt sich schwer schätzen. Am Ebertplatz kommt man aber nicht weiter, weil die Polizei den Nazi-Aufmarsch weiträumig abgeschirmt hat. Kleine Demonstrationzüge formieren sich und laufen an den Sperren entlang. Nur in einem Fall kommen zwei Demonstranten durch die Sperren und blockieren, für kurze Zeit den Naziaufmarsch. Journalisten berichten, dass es sich um einen Gespensterzug handelt. 128 Nazis demonstrieren im luftleeren Raum durch menschenleere Straßen, wo nur wenige Menschen leben.

Am Rande der Veranstaltung kommt es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei. Schade, dass Steine und Flaschen flogen. 25 Demonstranten werden verhaftet. Auf den staatstragenden Veranstaltungen in Dortmund und Düsseldorf waren es jeweils 200 bis 300.

Fazit

Ein großer Erfolg, der der örtlichen Bündnisarbeit auf längere Sicht nutzen wird. „Köln hat sich quer gestellt“ schrieb der „Express“ tagsdrauf. Aber nicht die Medien waren diejenigen, die die Menschen hauptsächlich mobilisiert haben, sondern die vielen Initiativen und Gruppen. Auch die Einzelgewerkschaften sind aktiv geworden. jöd

Kommunalpolitischer Ratschlag

BERLIN. Die Landesarbeitsgemeinschaft Antirassismus/Migration/Flüchtlingspolitik der PDS in Berlin hatte vergangene Woche Kommunalpolitiker zu einer Beratung über praktische Probleme der Integrationspolitik und der Bekämpfung des Rechtsextremismus in den Berliner Bezirken eingeladen. Der migrationspolitische Sprecher der PDS, Giayas Sayan, erklärte, dass „Flüchtlinge und Migranten immer wieder Opfer rechter Gewalt sind.“ Auch selbst in den Verwaltungen und Behörden, bes. auch in den Ostbezirken der Stadt, trifft man alltäglichen Rassismus oder Fremdenfeindlichkeit. Aufgerufen wurde deshalb, dass die Bezirksbürgermeister entscheidend mehr Einfluss auf die Behörden nehmen müssen. In Berlin leben Menschen aus 184 Staaten. Vertreter dieser Bevölkerungsgruppe verlangten Mitspracherecht, Gleichbehandlung und Gleichberechtigung. Trainingsprogramme für Mitarbeiter der Verwaltungen sollen helfen, den Umgang mit ausländischen Bürgern zu verbessern.

Kein „fünfter langer Samstag“

FRANKFURT/MAIN Seit einem Jahr entscheiden in Hessen die Gemeinden und nicht mehr das Regierungspräsidium darüber, ob der Einzelhandel die Ausnahme genehmigung erhält, samstags bis 21 Uhr und sonntags bis 18 Uhr zu öffnen. Die Sorge der Gewerkschaft HBV, dass einzelne Gemeinden die noch vorhandenen Beschränkungen des Ladenschlussgesetzes nicht sonderlich ernst nehmen und eher im Interesse der Arbeitgeber entscheiden, hatte sich kürzlich in Sulzbach (Main-Taunus-Zentrum) bestätigt. Die Gemeindeverwaltung hatte per Verordnung – ohne rechtliche Grundlage – die Genehmigung für einen „fünften langen Samstag“ vor Weihnachten erteilt. Erst durch das Engagement von Betriebsräten, eine Dienstaufsichtsbeschwerde der HBV Frankfurt, das Einschalten des Landrats und des Amtes für Sicherheit und Technik des Landessozialministeriums konnte die Gemeinde gezwungen werden, die Verordnung zurückzunehmen.

Gegen die Aufstellung von Videokameras

MANNHEIM Die Grünen im Gemeinderat unterstützen die Klage des Grünen Bezirksbeirats Christoph Saefel gegen die Aufstellung von Videokameras in der Mannheimer Innenstadt. Die Grünen hatten als einzige Partei im Mannheimer Gemeinderat gegen die Aufstellung von Videokameras und die Speicherung der damit gewonnenen Daten gestimmt. Ihr Sprecher Frieder Bender erklärte: „Schon jetzt gibt es Forderungen, die Überwachung auf andere Bereiche der Innenstadt auszudehnen. Und diesen Plänen der flächendeckenden Kontrolle der Bevölkerung muss von

Anfang an ein Riegel vorgeschoben werden.“

Kommunen fordern mehr Geld für Computerausstattung der Schulen

MÜNCHEN Der Bund stellt in den nächsten Jahren rund 250 Millionen Mark bereit, um Berufsschulen mit Computern auszurüsten. Der Fördersatz des Programms beträgt 40 Prozent, d.h. die Kommunen müssen die restlichen 60 Prozent oder auf Bayern hochgerechnet 54 Mio. Mark aus der eigenen Tasche aufbringen. Der Freistaat will sich an den Finanzierungskosten nicht beteiligen. Diese Haltung ist für die kommunalen Spitzenverbände nicht akzeptabel.

Forschungsprojekt zur Zwangsarbeit

KÖLN. In der Beschlussvorlage zur Entschädigung für Zwangsarbeiter hatte die Verwaltung darauf hingewiesen, dass angestrebt wird, das Thema Zwangsarbeit wissenschaftlich aufzuarbeiten. Dies scheint jetzt finanziell gesichert zu sein. Lokalgeschichtlich untersucht werden soll: Zwangsarbeit von nach Deutschland verschleppten Zivilarbeitern, von Kriegsgefangenen, von KZ-Häftlingen, von Juden sowie Sinti und Roma. Das Projekt soll sowohl die Funktion der Zwangsarbeit im Rahmen der Rüstungspolitik, den Repressionsapparat gegen die Zwangsarbeiter als auch ihre Arbeits- und Lebensverhältnisse beinhalten.

PDS-Antrag zum Entschädigungsfonds

ESSEN. Erst 42 von 22.000 Essener Firmen haben sich bisher an der Stiftung der Deutschen Wirtschaft für die Entschädigung von Zwangsarbeitern beteiligt. Deshalb hat die PDS in der letzten Ratssitzung erneut einen Antrag zum Thema gestellt. Danach soll die Stadt eine „Positivliste“ derjenigen Firmen veröffentlichen, die sich am Fonds beteiligen. Des weiteren soll die Essener Marketing-Gesellschaft in Kooperation mit diesen Firmen, der IHK, den Gewerkschaften u.a. Vorschläge entwickeln, wie die Beteiligung dieser Firmen in der Öffentlichkeit herausgestellt werden kann. Wer nicht dabei ist, gehört zu den Firmen, die sich ihrer Verantwortung entziehen. Darüber hinaus hat die PDS einen Appell an die städtischen Gesellschaften vorgeschlagen, eigene Beiträge zum Entschädigungsfonds zu leisten. Solche Beiträge können als „Zustiftung“ zur Erhöhung des Fonds gezahlt werden. (Beispiel Köln, s. PB 22; S. 11). Gleichzeitig können Beiträge der städt. Beteiligungsgesellschaften vor Ort zur Unterstützung und Ausweitung des beschlossenen städt. Besuchsprogramms und zur Einrichtung eines Nothilfefonds genutzt werden. Die Vorschläge wurden zur weiteren Diskussion zunächst in den Hauptausschuss verwiesen.

Zusammenstellung: baf



Aktionen und Erfolge bei DaimlerChrysler

Arbeitszeit! Beschäftigung!

STUTTGART. IG-Metall-Betriebsräte setzen weitere Übernahme von fast 400 Befristeten durch – 520 Festanstellungen bei Daimler-Chrysler. Die Dezember-Ausgabe der IG Metall Betriebszeitung „Brennpunkt“ bei Daimler-Chrysler in Sindelfingen berichtet über einen Erfolg der Betriebsräte bei der Übernahme von befristet Beschäftigten.

Mitte Oktober haben Betriebsrat und Werkleitung übereinstimmend einen Mehrbedarf an Personal in der Produktion festgestellt. Anschließend hat sich eine Arbeitsgruppe mit Vertretern des Betriebsrates und der PAP (Personal-Arbeitspolitik) zusammengesetzt und beschlossen, fast 400 Befristete nach dem üblichen Verfahren auszuwählen. Alle Befristeten, deren Verträge nicht mehr verlängert werden können und zwischen November 2000 und Ende 2001 auslaufen, wurden beim Auswahlverfahren berücksichtigt. Von 448 befristet Beschäftigten wurden 394 ausgewählt, die An-

fang Dezember einen Festvertrag erhalten haben.

Bereits in der zweiten Betriebsversammlung diesen Jahres im Juni hatten wir der Werkleitung Gespräche angekündigt, um die Personalstandsentwicklung für das kommende Jahr zu regeln. Uns Betriebsräten war von vornherein klar, dass wir mehr Personal benötigen. Andernfalls wäre es unmöglich gewesen, die verlangten Stückzahlen zu erbringen, ohne dass Urlaubs- und Freischichtplanung in den Gruppen massiv darunter leiden. Die Erfahrungen der Vergangenheit zeigen, je dünner die Personaldecke, umso kleiner der Spielraum bei Freischicht- und Urlaubsvergabe. Die Übernahme in feste Arbeitsverhältnisse räumt dem Unternehmen die Möglichkeit ein neu einzustellen, ohne das werksweit begrenzende 5%ige Kontingent an Befristungen zu überschreiten. Das sind momentan insgesamt höchstens etwa 1040 Befristete. Übrigens werden alle Verträ-

ge von Befristeten, die nach Ablauf eines Jahres auf zwei Jahre verlängert werden können, nach dem üblichen Verfahren verlängert.

Von Rastatt nach Sindelfingen

Außerdem ging es auch um die feste Übernahme von 126 Rastatter Kollegen, die bisher nach Sindelfingen abgeordnet waren. Beschäftigte, die größtenteils hier in der Nähe wohnen. Zur Erinnerung: diese Kolleginnen und Kollegen haben Mitte der 90er Jahre eine Festanstellung bei der damaligen Daimler-Benz AG bekommen. Allerdings mit der Bedingung, gegebenenfalls bereit zu sein, nach Rastatt zu wechseln.

Tatsächlich konnten damals – nach Auslauf des 124er Cabrios – nicht alle in Sindelfingen übernommen werden. Ein Teil blieb hier, ein Teil ging nach Rastatt. Von ursprünglich 250 Betroffenen konnten bis heute etwas mehr als 200 wunschgemäß in Sindelfingen untergebracht werden – dank der Initiative der IG-Metall-Betriebsräte und Vertrauensleute. Erfolge schon im letzten Jahr

Bereits 1999 haben wir ab Mai Gespräche mit der Werkleitung in der Frage befristeter Arbeitsverhältnisse geführt. Wir wollten die Probleme begrenzen, die durch einer große Zahl Befristeter alle Beschäftigten in der Fabrik belasten. Wir haben unser Ziel erreicht, denn Anfang Juli des vergangenen Jahres ist es uns gelungen, die Zahl befristeter Arbeitsverhältnisse werksweit auf höchstens 5% an der Gesamtbelegschaft zu begrenzen, in den einzelnen Centern auf maximal 7,5%. Außerdem konnten wir die Übernahme von 600 Befristeten durchsetzen – 450 im Herbst 1999, 150 in diesem Frühjahr. Trotzdem kam es z. B. im JIT-Werk (JIT = Just in time) im Laufe des Jahres zu erheblichen Personalproblemen. In Folge haben wir die Werkleitung bedrängt und erreicht, dass bereits Mitte diesen Jahres zusätzlich 320 Kolleginnen und Kollegen fest übernommen worden sind. Trotzdem haben wir der Werkleitung damals angekündigt, dass wir im Herbst noch einmal nachhaken werden. Das ist jetzt geschehen und das Resultat dieser Bemühungen wird dazu beitragen, die angespannte Personalsituation in einigen Bereichen weiter spürbar zu entschärfen. Unabhängig davon hoffen wir, dass der Vorstand über die sog. operative Planung hinaus für 2001 zusätzliche Autos in Sindelfingen bauen lässt. Denn dann würde hier noch mehr Personal benötigt, was den Standort weiter stärken würde. Natürlich wäre uns am liebsten gewesen, die Bundesregierung hätte die Gelegenheit beim Schopf gepackt und zum Jahresende endlich einen Schlussschritt gezogen und die Möglichkeiten von Unternehmen, ohne Begründung befristet einzustellen, zumindest einschränkt. Andererseits sind wir natürlich froh, dass wir in diesem Jahr fast 1000 feste Arbeitsplätze in Sindelfingen durchsetzen konnten.

Brennpunkt, Dezember 2000

Warnstreik im Mannheimer Buswerk

MANNHEIM. Am 28. November legten ca. 7000 Beschäftigte für eine Stunde die Arbeit nieder. In seiner Rede forderte der Betriebsratsvorsitzende Horner „Neueinstellungen und die Übernahme von befristet eingestellten Arbeitnehmern, keine Beschäftigung von Leiharbeitern, den Abbau von Zeitkonten und der Überstunden“. Horner ging auch auf die Politik der Bundesregierung ein und verurteilte die Verlängerung des Beschäftigungsförderungsgesetzes, das die Befristung von

Arbeitsverhältnissen ohne besondere Begründung ermöglicht. Er forderte auch eine Veränderung der Rentenreform und

Betriebsvereinbarung zur Arbeitszeit und Beschäftigung

Der Betriebsrat hat für das Werk Mannheim mit der Geschäftsleitung eine Betriebsvereinbarung abgeschlossen mit folgenden Eckdaten:

- Die befristeten Arbeitsverträge werden fast alle nochmals verlängert. Zusätzliche Befristete werden eingestellt. 150 Befristete werden unbefristet übernommen.
 - Abbau hoher Zeitkonten durch Freischichtmaßnahmen.
 - Übernahme der Auszubildenden im Jahr 2001
 - Zusage für mehr Altersteilzeitverträge.
- Bei Produktionssteigerungen im zweiten Halbjahr 2001 neue Gespräche über zusätzliches Personal und weitere Übernahmen

wandte sich insbesondere gegen den beabsichtigten Ausstieg aus der paritätischen Finanzierung der Rente. Für den Motorenbereich in Mannheim forderte er ein Arbeitsplatz erhaltendes Konzept des Vorstandes ein. Durch die Allianz mit dem US-Firma Caterpillar sieht der Betriebsrat Arbeitsplätze in Gefahr.

scr

Gegen Wochenendarbeit und Arbeitszeitverlängerung!

SCHWEINFURT. Mit der Veröffentlichung von Eckpunkten zur betrieblichen Arbeitszeitpolitik und der Aufforderung, „in möglichst vielen Diskussionen im Betrieb unsere Arbeitszeitpolitik zu einem Thema“ zu machen, hat die IG Metall-Verwaltungsstelle Schweinfurt Ende Oktober eine Kampagne zur betrieblichen Arbeitszeitpolitik eingeleitet. Hintergrund ist, dass der extreme Auftragsboom dazu geführt hat, „dass in nicht mehr zu akzeptierendem Ausmaß in vielen Betrieben auch samstags gearbeitet wird und sogar der Sonntag für die Produktion genutzt wird“, so der 1. Bevollmächtigte Klaus Ernst.

Die seither in vielen betrieblichen und örtlichen gewerkschaftlichen Gremien entfachte Debatte erweist sich als interessant, aber auch schwierig.

Das erklärte Ziel, verbindliche Regeln aufzustellen, deren Einhaltung kontrolliert wird, trifft einerseits auf breite Zustimmung, da von allen Beteiligten gemeinsame Gegenwehr gegen Arbeitszeitverlängerung und Angriffe auf das ar-

beitsfreie Wochenende gewünscht wird. Andererseits gewinnt man den Eindruck einer Wanderung auf schmalen Grat, da die formulierten Eckpunkte und Verfahrensregeln Handlungsmöglichkeiten der einzelnen Betriebsräte stark regulieren, betriebliche Unterschiede nicht berücksichtigen und die Entscheidungsautonomie der Betriebsräte berühren; dies alles vor dem Hintergrund unterschiedlich harter Auseinandersetzungen mit den jeweiligen Unternehmensleitungen.

Die Ergebnisse der Delegiertenkonferenz am 7.12. spiegeln diesen widersprüchlichen Zwischenstand der Debatte wider: Einerseits wurde einstimmig eine Resolution beschlossen, in der es heißt: „Ziel unserer Diskussion muss sein, unterschiedliche Arbeitszeitregelungen in den Betrieben transparent zu machen und für die Zukunft Grundsätze zu entwickeln, an denen wir unsere betriebliche Arbeitszeitpolitik ausrichten wollen.“ Demnach sollen „Grenzen bei der Gestaltung der Arbeitszeit“ definiert und Verfahrensregeln zur gegenseitigen Information und Beratung gefunden werden.

Andererseits wurde deutlich hervorgehoben und anerkannt, dass der Diskussionsprozess völlig ergebnisoffen sei und Verbindliches nur im Konsens entstehen könne. (cls)

Eckpunkte zur betrieblichen Arbeitszeitpolitik

1. *Maximale Arbeitszeit in Flexi-Modellen:* – täglich 8 Stunden – wöchentlich 40 Stunden

2. *Verteilung der regelmäßigen Arbeitszeit:* – Montag – Freitag – Genehmigung für Samstagsarbeit nur im Rahmen von zuschlagspflichtigen Überstunden

3. *Genehmigung von Überstunden:* – maximal 10 Stunden in der Woche – maximal 20 Stunden im Monat – maximal an 20 Samstagen im Jahr 2001 – maximal an 10 Samstagen im Jahr 2002 bezogen auf die Produktionseinheit – maximal an 30 Samstagen im Jahr 2001 – maximal an 15 Samstagen im Jahr 2002.

An Sonn- und Feiertagen werden in der Produktion keine Überstunden genehmigt: – Ausnahme Notfälle – Ausweitung der Produktion ist kein Notfall. Darüber hinausgehende Genehmigung des Betriebsrats in Sonderfällen, nur nach vorheriger Empfehlung des Ortsvorstandes

4. *Grundsätze bei der Genehmigung von Überstunden (...)*

5. *Längerfristige Kapazitätsausweitung* – 4 mal 6 Stunden von Montag bis Freitag – Bezahlung 7 Stunden/Tag – Überstunden am Samstag zuschlagspflichtig – Genehmigung jeweils nach Tarifvertrag für maximal 8 Wochen

Leistungsprämie bar auf die Hand?

MANNHEIM. (GEW LV BAWÜ) Zunächst glauben wir, die Landesregierung würde wenigstens bei den Leistungsprämien auf die GEW-Forderung „Zeit statt Geld“ eingehen. Nun scheint sich doch wieder einmal die Unvernunft durchzusetzen. ... Die Leistungsprämie soll ausschließlich in Form von Geld gewährt werden. ... Die geplanten Umsetzungsmodalitäten für die Leistungsprämien sind ziemlich abenteuerlich: Ohne förmliches Verfahren sollen Schulleiterinnen und Schulleiter Jahr für Jahr entscheiden, wem sie den Leistungszuschlag für eine „herausragende, besondere Einzelleistung“ geben wollen. Wenn das lediglich ein sehr kleiner Geldbetrag wäre, bei dem vor allem der symbolische Gehalt zählt, dann wäre das zwar auch nicht tragbar – aber nicht ganz so explosiv für das soziale Klima im Kollegium. Dem ist aber nicht so. Hier handelt es um respektable Beträge zwischen 4.000 und 6.000 DM. Da wird in vielen Kollegien fast zwangsläufig eine Neid- und Missgunst-Diskussion aufkommen, die eine jahrelange gute klimatische Aufbauarbeit kaputtmacht. ... Was hier geplant wird, ist leistungsfeindlich, schädlich für die Teamarbeit, die Kooperation und Kommunikation an der Schule und ist damit höchst kontraproduktiv für die alltägliche Arbeit. ... Die baden-württembergische Kultusministerin wäre gut beraten, sich diesem Unsinn standhaft zu widersetzen.

Rainer Dahlem, Landesvorsitzender

Qualifizierung?

HAMBURG. (GEW HH, 30.11.) Die Computefirma Intel führt in Zusammenarbeit mit der Schulbehörde eine Qualifizierungsmaßnahme für Lehrer durch, und zwar zum Computereinsatz im Unterricht. Die GEW begrüßt das Fortbildungsangebot, kritisiert jedoch einige problematische Punkte, insbesondere dass ein Teil der Aufgaben des Bildungsbereiches wirtschaftlichen Interessen zugänglich gemacht wird: „Problematisch an diesem Projekt ist, dass die Bindung an das Unternehmen Intel auch die einseitige Bindung an Microsoft-Software bedeutet. Geht man davon aus, dass die Schülerinnen und Schüler über die Arbeit mit Microsoft-Produkten als Kunden für Mirosoft gewinnen sind, so ist das weltweite Fortbildungsengagement des Unternehmens Intel nicht ganz uneigennützig. Es darf nicht sein, dass Hamburgs Schulen mit dazu beitragen, Microsofts Monopolstellung zu sichern. Deshalb ist es notwendig, auf Vielfalt zu achten und auch anderen Softwareprodukten den Zugang zu Hamburgs Schulen zu öffnen.“

Die GEW hält es für rechtlich mehr als bedenklich, dass die Behörde für die KollegInnen einen Vertrag abschließt, der Intel die Nutzung und Vermarktung der Unterrichtsprojekte erlaubt, die die LehrerInnen während ihrer Fortbildung erstellen.

Bei der Ausbildung und Tätigkeit der Master-Teacher und der Fortbildung der übrigen KollegInnen handelt es sich um

eine berufsnotwendige Maßnahme. Dazu hält die GEW folgende Rahmenbedingungen für erforderlich:

Die Fortbildung der Lehrerschaft umfasst einen Zeitrahmen von 40 Stunden. Sie muss während der Arbeitszeit stattfinden und darf nicht „obendrauf“ gesattelt werden. Die Master-Teacher führen die Ausbildung der anderen Lehrkräfte durch. Diese Arbeit darf als Nebentätigkeit nicht zusätzlich zur vollen Unterrichtsverpflichtung verrichtet werden. Sie muss ins Hauptamt übernommen werden, was eine entsprechende Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung bedeutet.

Die zusätzlichen Mittel für Honorare und technische Wartung im Umfang von rd. 2 Millionen DM werden ausschließlich aus dem laufenden Etat der BSJB bezahlt, der für diesen Zweck aber keine Mittel ausweist. ... Zu kritisieren ist, dass hier keine Transparenz herrscht und ein so zentrales Fortbildungsprojekt auf Kosten anderer Bereiche finanziert werden muss und keine zusätzlichen Mittel dafür bereitgestellt werden.

ÖTV-Nikolaus: 16.000 Protestbriefe gegen Lohnraub

MÜNCHEN. (ÖTV LV BY) Protest gegen Verschlechterung der Ballungsraumzulage – In den letzten Tagen sind die Protestbriefe gegen die Verschlechterung der Ballungsraumzulage, die in der ÖTV-Geschäftsstelle eingegangen sind, auf

Aus der Erklärung der Delegierten der Sachs-Betriebe

(...) 2. Unser Anliegen ist ... Abmachungen zu treffen, wie wir gemeinsam erfolgreich für die Verteidigung des arbeitsfreien Wochenendes und gegen Tendenzen der Arbeitszeitverlängerung kämpfen können Solche Abmachungen müssen unterschiedlichen betrieblichen Ausgangsbedingungen Rechnung tragen ... Verbindliche Regelungen können deshalb nur im Konsens aller Beteiligten getroffen werden.

Dies gilt auch deshalb, weil wir uns bei fast allen der vorgeschlagenen Eckpunkte innerhalb der Grenzen des Tarifvertrags bewegen, wo dieser – sei es bewusst von beiden Tarifparteien gewollt oder aufgrund vereinbarter Kompromisse – Raum lässt für notwendige betriebliche Gestaltungsmöglichkeiten.

3. Die Diskussion um die Eckpunkte muss berücksichtigen, dass viele der aufgeworfenen Fragen nicht einfach zu beantworten sind. Wir schlagen vor, die Diskussion deshalb auch in Form von Seminaren zu führen und den Zeitrahmen weiter zu fassen, insbesondere bei schwierig zu klärenden Punkten.

Es muss die Möglichkeit bestehen, die Ergebnisse betrieblicher Untersuchungen, wie wir sie bei Sachs gerade durch-

führen, in die Diskussion einfließen zu lassen.

Wie eine Kampagne über betriebliche Arbeitszeitpolitik ausgestaltet werden könnte, muss nach interner Beschlussfassung beraten werden. Unterschiedliche betriebliche Interessen müssen auch hier Berücksichtigung finden.

Stellungnahme der FAG-Delegierten

1. Es sind Eckpunkte / Regelungen anzustreben mit dem Ziel, ausufernde Arbeitszeiten einzudämmen. Unterschiedliche betriebliche Lösungen müssen möglich sein.

2. Die Inhalte dieser Formulierungen sind ergebnisoffen in solidarischer Weise zu diskutieren. Weitere Themen sollen aufgenommen werden:

– Höchstarbeitszeit

– Abwehr Vertrauensarbeitszeit und tarifliche Festschreibung der elektronischen Zeiterfassung (Zeitrachweis) ...

3. Bei der Ausgestaltung der Regelungen ist weitgehender Konsens aller Beteiligten anzustreben (VK, BR aller Betriebe). Wir gehen davon aus, dass im Ziel alle das gleiche wollen.

4. Die Umsetzung soll nach einer betrieblichen Analyse angegangen werden. Hilfreich wäre eine übergreifende Lösung und Kampagne wie z.B.: „Meine Zeit ist mein Leben“ ...

16.000 angewachsen. Der ÖTV-Nikolaus hat diese Briefe, in denen ein Erhalt der Ballungsraumzulage gefordert wird, am Mittag des 6.12. dem leitenden Ministerialrat im Finanzministerium, Dr. Jürgen Hartwig, übergeben. Finanzminister Falthäuser hatte es zuvor abgelehnt, die Briefe seiner Beschäftigten persönlich entgegen zu nehmen.

Der Münchener ÖTV-Chef Heinrich Birner warf Falthäuser vor, einen Lohnraub in Höhe von DM 33 Millionen vornehmen zu wollen. So viel will sich Falthäuser durch die Verschlechterung der Ballungsraumzulage einsparen.

Als positives Teilergebnis wertete Birner die gemeinsame Erklärung vom 17.11.2000 zwischen Finanzministerium und ÖTV. Darin sei vereinbart worden, dass die Ballungsraumzulage zunächst unverändert bis 30. Juni 2001 weitergezahlt wird.

Birner fordert eine Erhöhung der Ballungsraumzulage von 150 DM auf 200 DM im Monat. Der Kinderzuschlag soll von 40 DM auf 60 DM angehoben werden. Seit Einführung der Zulage im Jahr 1990 sei diese nicht mehr erhöht worden.

Lohndumping und Wettbewerbsverzerrungen in Kitas

HAMBURG. (ÖTV HH, 30.11.) Mit Einführung der KITA-Card im übernächsten Jahr sollen die Kosten im Reinigungs- und Hauswirtschaftsbereich für alle Hamburger Kinderbetreuungseinrichtungen

erstmalig (unabhängig von der tatsächlichen Höhe) pauschaliert werden.

Die Vereinigung rechnet als Folge mit Mindereinnahmen zwischen sieben und acht Millionen Mark pro Jahr. Ausgeglichen werden soll diese Summe durch eine Senkung der Lohnkosten im Reinigungs- und Hauswirtschaftsbereich. Gedacht wird an eine Absenkung der Löhne der 800 Hausarbeiterinnen zwischen 1500 und 2000 Mark pro Jahr und an eine generelle Absenkung der Tarife bei Neueinstellungen. Neueinsteigerinnen sollen im Reinigungs- und Hauswirtschaftsbereich künftig generell nur noch 2400 Mark brutto im Monat bekommen.

Aktuell liegt der Verdienst (abhängig von der Dauer der Beschäftigung und dem Familienstand) zwischen 2900 und 3900 Mark brutto im Monat. Die ÖTV wurde zu entsprechenden Tarifverhandlungen aufgefordert.

Andere freie Träger, die für Reinigung und Hauswirtschaft im Regelfall weniger ausgeben, weil sie Eltern, Geringverdiener oder billig anbietenden Fremdfirmen einsetzen, sollen (unabhängig von den tatsächlichen Kosten) nun insgesamt erstmals acht Millionen Mark für diese Arbeiten bekommen.

Die ÖTV befürchtet als weitere Folge der Pauschalierung auch Wettbewerbsverzerrungen zwischen den verschiedenen Einrichtungen, weil freie Träger durch pauschalierungsbedingte Mehreinnahmen in Pädagogik investieren oder die Preise senken könnten.

BDA: „Mitbestimmungszwang zerstört Vertrauen im Betrieb.“

– HB, Donnerstag, 7.12.2000. – D.

Hundt (BDA) nannte den Entwurf zum neuen Betriebsverfassungsgesetz bürokratisch, kostentreibend und einseitig gewerkschaftsorientiert. Er sei für die deutsche Wirtschaft nicht akzeptabel und treffe vor allem den Mittelstand. Besonders die erweiterten Mitspracherechte des Betriebsrats bei Änderungen der Arbeitsplätze und Arbeitsabläufe sowie beim Umweltschutz, der Gruppenarbeit und der Qualifizierung lehnt Hundt ab.

HDE gegen Zwangspfand auf Getränkeverpackungen.

– HB, Freitag/Samstag, 8./9.12.2000. – „Verharmlo-

sung“ wirft der HDE-Hauptgeschäftsführer Holger Wenzel dem Bundesumweltminister in Sachen Zwangspfand auf ökologisch nachteilige Getränkeverpackungen vor. Der HDE beziffert die erforderlichen Investitionen auf rund 4 Mrd. DM. Mindestens die Hälfte der 150 000 Verkaufsstellen für Getränke müssten einen oder gar mehrere Rücknahmeautomaten aufstellen sagte Wenzel. Eine Studie der Deutschen Umwelthilfe hatte 900 Mill. DM errechnet.

Gefahr durch Privatisierung.

– HB, Mittwoch, 13.12.2000. – Englische Ver-

hältnisse sind dem Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) ein abschreckendes Beispiel. In Großbritannien wurden im Zuge der raschen Privatisierung von British Rail 25 private Betreibergesellschaften gegründet, das Schienennetz ausgliedert und als eigenständiges Unternehmen (Railtrack) sogar an die Börse gebracht. Drei schwere Eisenbahnunfälle brachten Railtrack in die Kritik. Auf den Fahrplan der Eisenbahn ist kein Verlass. Inzwischen verkehrt sogar ein Jumbojet zwischen London und Birmingham. Die Renditeinteressen der Anleger stehen im Gegensatz zu den notwendigen Investitionen in das über Jahrzehnte vernachlässigte Eisenbahnnetz, das räumt sogar selbst das Railtrack-Management ein. In Deutschland soll das Netz zwar nicht an die Börse, aber zumindest eine Ausgliederung aus der Deutschen Bahn AG ist geplant. VDV-Präsident W. Ludwig sieht nicht zuletzt durch das Negativbeispiel aus England die öffentliche Hand langfristig in der Infrastrukturverantwortung für das Schienennetz.

Großbetriebe bejubeln Ende des Rabattgesetzes.

– Die mittelständischen Betriebe fürchten noch schärferen Wettbewerb. „Nur noch ein löchriger Käse“ sei das Rabattgesetz, so BAG-Geschäftsführer Prof. J. Hellwege.

Presseauswertung: rst

Der **Landesverband Hessen** berichtet im Internet über den aktuellen Stand der Vorbereitung zu den Kommunalwahlen: „Die Schwerpunktstädte, in denen die PDS in Hessen zu den Kommunalwahlen 2001 antreten will, haben alle ihre Kandidatinnen und Kandidaten gewählt.“

In Kassel, Frankfurt, Marburg, Offenbach und Gießen geht jetzt der heiße Wahlkampf los. Neben diesen 5 Schwerpunkten tritt die PDS auch in Darmstadt, im Main-Kinzig-Kreis, im Landkreis Groß-Gerau und für den Ortsbeirat von Lampertheim-Hofheim an.

Außerdem schicken wir mit Dr. Eberhard Dähne in Frankfurt auch einen Kandidaten für die OB-Wahlen ins Rennen. Des weiteren freuen sich in Frankfurt schon viele Kandidatinnen und Kandidaten auf den Einzug in verschiedene Ortsbeiräte.

Insgesamt schickt die PDS über 200 Kandidatinnen und Kandidaten ins Rennen. Das Kommunale Rahmenwahlprogramm der PDS Hessen ist im Internet abrufbar.“

Zehn Mitglieder des Landesverbandes Hamburg der PDS, überwiegend Mitglieder der studentischen „Liste Links“, klagen gegen den PDS-Landesverband: Sie wollen per Gericht durchsetzen, dass die im Juli letzten Jahres erfolgte Neuwahl des Landesarbeitsausschusses für nichtig erklärt wird. Wie mehrfach berichtet, hatten sie damals die Bundesschiedskommission angerufen, waren dort mit ihrem Anliegen, die anberaum-

ten Neuwahlen zu verhindern, jedoch nicht durchgekommen. Sie hatten dann den Bundesschiedskommissionsentscheid ignoriert und sich weiterhin Funktion und Aufgaben des Landesarbeitsausschusses angemaßt, so eine „Landesversammlung“ einberufen, auf der dann „Delegierte“ zum Bundesparteitag gewählt wurden, sodann die vom neugewählten Arbeitsausschuss einberufene Landesversammlung gesprengt und damit verhindert, dass der Hamburger Landesverband regulär seine Delegierten wählen konnte. In der weiteren Auseinandersetzung hatte die Bundesschiedskommission entschieden, dass die „Landesversammlung“ keine Landesversammlung und die gewählten „Delegierten“ keine Delegierten sind; die kurzfristig zu Beginn des Parteitags angerufene Bundesschiedskommission hatte die Berufung verworfen, und der Parteitag hatte den Bericht der Mandatsprüfungskommission mit der Festlegung, dass die PDS Hamburg zu dieser Tagung des Parteitags keine Delegierten gewählt hat, mit überwältigender Mehrheit angenommen. Insofern waren die Auseinandersetzungen innerparteilich endgültig entschieden, die Abwahl der alten Gremien und ihre Neubesetzung durch Wahlen bestätigt. Für die Mitglieder der „Liste Links“, die offensichtlich die Mehrheit auf Landesversammlungen verloren haben, ist der Verlust der Funktionen allen Anschein nach unerträglich. Deshalb der Gang vors Gericht. Der erste Verhandlungstermin am 12.12. ist zunächst geplatzt, die Kläger hatten nämlich einzelne Personen verklagt und

nicht die PDS. Ein neuer Termin steht im Februar an.

Am Sonntag, dem 14. Januar 2001 findet die **Liebknecht-Luxemburg-Demonstration** statt. Beginn 10.00 Uhr vom U-Bhf. Frankfurter Tor zur Gedenkstätte der Sozialisten. Im diesjährigen Aufruf heisst es u.a.: „Diese Ehrung, inzwischen größte linke Manifestation in Deutschland, ist den Herrschenden ein Dorn im Auge. Es kam ihnen wohl zupass, dass ein gewisser Herr Staps zu Beginn dieses Jahres die Ehrung terroristisch bedrohte. So konnte sie am 9. Januar 2000 zunächst verboten werden. Dennoch fand eine Demonstration statt, hin zum Luxemburg-Denkmal am Franz-Mehring-Platz. Am Wochenende des 15.1. 2000 zogen dann mehr als 100 000 Menschen am Mahnmahl in Friedrichsfelde vorbei. Die Einschüchterung misslang, und das wird so bleiben. Auch am 14. Januar 2001 demonstrieren wir – Linke unterschiedlichster Strömungen – friedlich im Rahmen der Ehrung gegen imperialistischen Krieg, gegen Sozialabbau, gegen Nazis, Rassismus und Nationalismus. Wir werden bekunden, dass wir uns dem Antifaschismus, der internationalen Solidarität und dem Humanismus auf besondere Weise verpflichtet fühlen. Wir rufen zu einem breiten Bündnis auf.“

Weiterer Bestandteil der jährlichen Ehrung in Berlin ist die Demonstration am 15. Januar 2001, um 18.00 Uhr, vom Olof-Palme-Platz zu den Denkmälern von Rosa und Karl am Landwehrkanal und am Neuen See.

Zusammenstellung: jöd

Eröffnungsbeitrag auf der Jahrestagung der „Otto-Brenner-Stiftung“

Ziele einer sozialen Bewegung in Europa

Von Pierre Bourdieu

Die Otto-Brenner-Stiftung stellte ihre Jahrestagung am 9. und 10. November in Berlin unter das Thema „Neue Wege der Regulierung – Vom Terror der Ökonomie zum Primat der Politik“ und lud sich als Hauptreferenten Professor Pierre Bourdieu vom Lehrstuhl für Sozialwissenschaften am Collège de France ein. Sprechen sollte Bourdieu über „Soziale Politik im neuen Kapitalismus“. Statt dessen präsentierte er den Gewerkschaftern einen Beitrag über die sozialen Bewegungen in Europa und die notwendige Erneuerung der Gewerkschaften. Die junge Welt dokumentierte in ihrer Ausgabe vom 15.11. den Beitrag von Pierre Bourdieu:

Mit der Fatalität der ökonomischen Gesetze wird in Wahrheit eine – wenn auch vollständig paradoxe Form von – Politik

bemäntelt, denn es handelt sich hier um eine Politik der Entpolitisierung. Eine Politik, die darauf abzielt, den ökonomischen Kräften eine schicksalhafte Macht zu verleihen, indem sie diese von jeglicher Kontrolle und jeglicher Beschränkung „befreit“ und damit zugleich eine Unterwerfung von Regierungen und Bürgern unter die solchermaßen „befreiten“ ökonomischen und gesellschaftlichen Mächte erreicht.

Alles, was mit dem zugleich deskriptiven wie normativen Begriff der „Globalisierung“ umschrieben wird, ist aber nicht etwa das Ergebnis einer ökonomischen Fatalität, sondern einer ganz bewussten und wohlüberlegten Politik. Einer Politik, die die liberalen und selbst die sozialdemokratischen Regierungen einer ganzen Reihe von ökonomisch hochentwickelten Ländern dazu gebracht hat, ihren Anspruch auf die Kontrolle ökonomischer Mächte aufzugeben,

insbesondere derjenigen, die sich sehr bewusst in den „green rooms“ der großen internationalen Organisationen organisiert haben, wie die WTO, oder aber im Rahmen all der „networks“ multinationaler Unternehmen, wie beispielsweise dem Investment Network, das aus 50 multinationalen Unternehmen wie Fiat, Daimler-Benz, British Petroleum, Rhône-Poulenc oder dem European Service Network besteht, und die insbesondere in rechtlicher Hinsicht höchst unterschiedliche Wege und Möglichkeiten haben, Staaten ihren Willen aufzuzwingen.

Entgegen dieser Politik der Entpolitisierung und Demobilisierung geht es vielmehr um die Wiederherstellung von Politik, d.h. eines politischen Denkens und Handelns, und es geht darum, hierbei den richtigen Ansatzpunkt zu finden, jenseits des Nationalstaats und seiner spezifischen Möglichkeiten, sowie mit Hilfe politischer und gewerkschaftlicher

Kämpfe innerhalb der Nationalstaaten. Aus verschiedenen Gründen ist dies allerdings ein äußerst schwieriges Unterfangen.

Zunächst einmal deshalb, weil die politischen Instanzen, die es zu bekämpfen gilt, sehr weit entfernt, ja geradezu unerreichbar sind und weil sie sowohl von ihren Methoden als auch von ihren Akteuren her so gut wie nichts mit den politischen Instanzen gemein haben, gegen die sich die traditionellen Kämpfe richteten. Und ferner auch deshalb, weil die Macht der Akteure und der Institutionen, die heute Wirtschaft und Gesellschaft beherrschen, auf einer außerordentlichen Konzentration sämtlicher Formen des Kapitals – in Wirtschaft, Politik, Militär, Kultur und Wissenschaft – basiert, die die Grundlage für eine nie da gewesene, symbolische Form der Beherrschung bildet, die insbesondere durch den Einfluss der Medien wirksam wird. Zugegebenermaßen liegen bestimmte Ziele eines realistischen politischen Handels auf europäischer Ebene – wenigstens in dem Maße, wie die Unternehmen und die europäischen Organisationen ein zumindest negativ bestimmendes Element dieser weltweit herrschenden Kräfte darstellen. Daraus folgt, dass der Aufbau einer einheitlichen sozialen Bewegung in Europa, die imstande ist, die verschiedenen Bewegungen, die derzeit – national wie international – noch getrennt existieren, zusammenzufassen, das unstrittige Ziel aller derjenigen ist, die den herrschenden Kräften einen wirkungsvollen Widerstand entgegensetzen wollen.

Zusammenführen ohne zu vereinheitlichen

Die sozialen Bewegungen, so unterschiedlich sie von ihrer Entstehung, ihren Zielsetzungen und Vorhaben her auch sein mögen, weisen unbestreitbar eine ganze Reihe gemeinsamer Merkmale auf, die ihnen etwas Familiäres, Vertrautes geben. Gerade weil sie häufig aus einer Ablehnung traditioneller Formen der politischen Mobilisierung entstanden sind, und ganz besonders der Formen, die für die kommunistischen Parteien sowjetischer Prägung kennzeichnend sind, haben sie die Tendenz, jegliche Form der Monopolisierung einer Bewegung durch Minderheiten auszuschließen und besonderen Wert auf die direkte Beteiligung aller Betroffenen zu legen. In diesem Punkt stehen sie der anarchistischen Tradition sehr nahe und fühlen sich den Formen einer spontanen, selbstbestimmten Organisation verbunden, die sich durch eine eher lockere Form des politischen Apparates auszeichnet und die es ihren Akteuren ermöglicht, sich ihre Rolle als aktive Subjekte wieder anzueignen im Unterschied gerade zu den politischen Parteien, denen sie ein Monopol auf politische Intervention absprechen.

Ein weiteres gemeinsames Merkmal



Szene von einer Demonstration gegen den EU-Gipfel am 6.12. in Nizza

besteht darin, dass sie sich an klar umrissenen, konkreten Zielen ausrichten, die für das Leben in einer Gesellschaft von Bedeutung sind, wie Wohnung, Arbeit, Gesundheit usw. Ein drittes typisches Merkmal ist, dass sie tendenziell der direkten Aktion den Vorzug geben, wobei sie stets darauf achten, dass ihre Verweigerungen ebenso wie ihre Vorschläge in exemplarische Aktionen umgesetzt werden, die unmittelbar mit dem betreffenden Problem in Verbindung stehen. Ein viertes gemeinsames Unterscheidungsmerkmal ist, dass sie alle als ein stillschweigend vorausgesetztes Prinzip eines Großteils ihrer Kämpfe die Solidarität „auf ihre Fahnen geschrieben haben“.

Wo man eine solche Verwandtschaft der Ziele und Mittel des politischen Kampfes feststellt, da erstrebt man zwangsläufig zwar nicht gerade die zweifellos unmögliche Vereinheitlichung sämtlicher gesondert bestehender Bewegungen – wie dies häufig von den militanten Kräften, besonders von den jüngsten unter ihnen, gefordert wird, die zunächst von der Gemeinsamkeit der Ziele und den vielen Überschneidungen frap-piert sind – aber doch zumindest eine gewisse Koordinierung von Forderungen und Aktionen, die jeglichen Willen der Aneignung ausschließen.

Eine solche Koordinierung müsste die Form eines Netzwerks annehmen, das in der Lage ist, die Individuen und Gruppen so miteinander zu verbinden, dass keine die andere beherrschen oder einschränken kann, so dass der gesamte Erfahrungsschatz, der sich aus der Verschiedenartigkeit der Erfahrungen, Standpunkte und Programme ergeben hat, bewahrt werden kann.

Die wichtigste Aufgabe dieser Koordination bestünde darin, die sozialen Bewegungen aus ihren fragmentierten und versprengten Aktionen herauszulösen und auf diese Weise zu vermeiden, dass sie sich in der Partikularität lokaler, par-

tieller und punktueller Aktionen abkapseln – ohne dabei wiederum einem bürokratischen Zentralismus zu verfallen –, wobei es ihnen insbesondere gelingen sollte, die zeitweiligen Unterbrechungen oder das Abwechseln zwischen Augenblicken einer intensiven Mobilisierung und einer eher latenten zu überstehen. Diese Koordinierung sollte flexibel und dauerhaft sein und sich auf zwei verschiedenen Ebenen abspielen:

Zum einen sollte es für Ad-hoc-Treffen, oder wenn besondere Umstände es erfordern, eine kurzfristige Planung sämtlicher auf ein klar umrissenes Ziel gerichteter Aktionen geben. Zum anderen sollten in regelmäßigen Abständen mit Vertretern aller betroffenen Gruppen Diskussionen zu Themen von allgemeinem Interesse und zur Erarbeitung langfristiger Programme durchgeführt werden. Denn es würde darum gehen, immer da, wo sich die Anliegen der verschiedenen Gruppen überschneiden, den Versuch einer Definition von allgemeinen Zielen zu machen, in denen sich alle wiedererkennen und bei denen sie zusammenarbeiten können, wobei sie ihre eigenen Fähigkeiten und Arbeitsmethoden mit einbringen könnten.

Es ist ja auch nicht zu hoffen, dass durch demokratische Auseinandersetzungen innerhalb einer Gesamtheit von Individuen und Gruppen, die alle von gemeinsamen Voraussetzungen ausgehen, vielleicht doch einmal eine vernünftige und kohärente Antwort auf bestimmte fundamentale Fragen gefunden wird, für die weder die Gewerkschaften noch die Parteien eine globale Lösung parat haben.

Erneuerung der Gewerkschaftsbewegung

Eine soziale Bewegung in Europa ist nicht denkbar ohne eine erneuerte Gewerkschaftsbewegung, die imstande ist, die inneren und äußeren Hindernisse, die ihrer Stärkung und Vereinheitlichung auf europäischer Ebene entgegenstehen, zu

überwinden. Nur scheinbar ist es ein Paradoxon, wenn man den Niedergang der Gewerkschaftsbewegung für einen indirekten und lediglich aufgeschobenen Effekt ihres Triumphes hält. Zahlreiche Forderungen, die die Gewerkschaftskämpfe der Vergangenheit belebt haben, sind inzwischen zu festen Einrichtungen geworden, die – da die Gewerkschaften an der Quelle der Privilegien (der Verpflichtungen oder Rechte), in Frankreich nach Art des ASSEDIC (Association pour l'emploi dans l'industrie et le commerce – etwa: Arbeitslosenversicherung) sitzen – selbst zum Spielball der Kämpfe zwischen den Gewerkschaften geworden sind. Die Gewerkschaftsbürokratien, die inzwischen selbst zu staatsähnlichen Instanzen geworden und häufig vom Staat subventioniert werden, partizipieren an der Umverteilung des Reichtums. Und sie garantieren den sozialen Kompromiss, indem sie verhindern, dass es zu Brüchen und Konfrontationen kommt.

Die gewerkschaftlichen Hierarchien, zu bloßen Verwaltungsorganen geworden, die sich weit von den Anliegen ihrer Schutzbefohlenen entfernt haben und zu Garanten eines sozialen Friedens geworden sind, sind in mehr als nur einem Fall durch die Logik der Konkurrenz zwischen den Apparaten oder innerhalb der Apparate dazu zu bringen, eher ihre eigenen Interessen zu verteidigen als die Interessen derjenigen, die sie eigentlich zu verteidigen hätten. Auch dies hat zum Teil dazu beigetragen, dass sich die Arbeitnehmer von der Gewerkschaft ferngehalten und die Gewerkschaftsmitglieder sich von der aktiven Beteiligung an ihren Aktivitäten zurückgezogen haben. Aber diese internen Gründe allein erklären noch nicht, warum die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder und ihrer Aktivitäten immer stärker zurückgeht.

Die neoliberale Politik trägt ebenfalls zur Schwächung der Gewerkschaften bei. Die Flexibilität und vor allem die unsichere Lage einer wachsenden Zahl von Arbeitnehmern trägt ebenfalls dazu bei, jegliches gemeinsames Handeln, ja selbst die einfache Informationsarbeit zu erschweren, und gleichzeitig wird durch die Überreste einer Sozialfürsorge weiterhin nur ein Teil der Arbeitnehmer begünstigt.

Man sieht also, wie unerlässlich und auch wie schwierig es ist, zu einer Erneuerung der Gewerkschaftsarbeit zu gelangen, die die Einführung eines Rotationsprinzips in der Aufgabenverteilung und eine Infragestellung des Modells der bedingungslosen Delegierung zur Voraussetzung hätte, ebenso wie die Erfindung neuer Techniken, die für eine Mobilisierung der fragmentarisierten und in der Unsicherheit lebenden Arbeiter unerlässlich sind.

Die neue Organisation, die es zu schaffen gilt, muss in der Lage sein, die Aufsplitterung durch Zielvorgaben und Nationen zu überwinden, ebenso wie die Trennung in Bewegungen und Gewerkschaften. Es müssen Institutionen ge-

schaffen werden, die durch eine Konfrontation in den Instanzen der Konzentration und Diskussion an Dynamik nur gewinnen können. Durch die Existenz eines stabilen und effizienten Netzwerkes müsste die Entwicklung eines internationalen Forderungskataloges möglich werden. Ein solches Netzwerk hätte mit den offiziellen Organisationen, in denen die Gewerkschaften vertreten sind, wie dem Europäischen Gewerkschaftsbund, nichts mehr gemein und könnte die Aktionen sämtlicher Bewegungen zusammenfassen, die sich in bestimmten Situationen bekämpfen und von daher beschränken.

Forscher und Aktivisten

Was an Arbeit notwendig ist, um die Aufsplitterung der verschiedenen sozialen Bewegungen zu überwinden, um so alle verfügbaren Kräfte gegenüber den herrschenden Kräften zu bündeln, die ihrerseits sehr wohl bedacht und methodisch abgestimmt vorgehen – man denke nur an das Forum von Davos –, muss sich auch noch gegen eine andere, ebenso unheilvolle Trennung richten, nämlich gegen die Trennung zwischen Forschern und Aktivisten.

Angesichts eines ökonomischen und politischen Kräfteverhältnisses, bei dem die ökonomischen Kräfte die Möglichkeit haben, sich in einem nie da gewesenen Ausmaß wissenschaftliche, technische und kulturelle Ressourcen zunutze zu machen, ist die Arbeit von Forschern unerlässlich, um die von den großen multinationalen Konzernen und den internationalen Organisationen verfolgten Strategien aufzudecken, die, wie z. B. die WTO, mit einem universellen Anspruch Regelungen treffen und auferlegen, die geeignet sind, eine neoliberale Utopie Schritt für Schritt Realität werden zu lassen.

Die gesellschaftlichen Hindernisse, die einer solchen Annäherung im Wege stehen, sind keineswegs weniger groß als diejenigen, die sich zwischen den verschiedenen Bewegungen oder zwischen diesen Bewegungen und den Gewerkschaften auftun. Bei aller Unterschiedlichkeit der Ausbildung und des gesellschaftlichen Werdegangs sowie ihrer gesamten Art zu denken und zu handeln müssen die (häufig international arbeitenden) Forscher und die (meist nationalen) Aktivisten es lernen, miteinander zu arbeiten und sämtliche negativen Vorurteile, die die einen gegenüber den anderen haben mögen, zu überwinden.

Dies ist eine der Voraussetzungen dafür, damit es durch ein kritisches Vergleichen von Erfahrungen und Kompetenzen zu einer kollektiven Erarbeitung von Antworten kommt, die ihre politische Überzeugungskraft der Tatsache verdanken, dass sie auf systematischer wissenschaftlicher Arbeit beruhen und zugleich ihre Wurzeln in gemeinsamen Zielvorstellungen und Überzeugungen haben.

junge Welt, 15.11.2000

Zu Diskussion in der PDS

Deutschland lieben? – Lieber nicht!

Der folgende Aufsatz wurde als Vortrag für eine Diskussionsveranstaltung der PDS München verfasst.

„Die meisten Linken definieren sich bis heute meistens außerhalb oder gegen Deutschland, gegen die Nation. Genau das will ich verändern.“

„Wer das Volk verachtet und seine eigene kleine Meinung für die ewige Wahrheit hält, wie es ein Teil unserer westlichen Mitgliedschaft tut, der endet im Sektierertum.“

„taz: Was ist es, was die PDS gerade entdeckt? Linker Patriotismus?“

Zimmer: Wenn man Patriotismus mit Vaterlandsliebe übersetzt, wäre mir der Begriff für das was ich meine, zu weitgehend. Die PDS sollte über diese Frage jedoch ruhig diskutieren.“

Gabriele Zimmer, Vorsitzende der PDS in einem Interview in der taz am 28./29.10. 2000

„Begriffe besetzen“ ist ein in der Politik beliebtes Spiel. Begriffe zu verstehen dagegen harte Arbeit. Was wurde gesagt? Was war gemeint? In welchem Kontext? Wer wird angesprochen? Was wird die Allgemeinheit darunter verstehen? Welche politische Richtung wird mit der Wendung identifiziert? Gibt es einen geschichtlichen Hintergrund? Und, und, und ... Ein weites Feld, auch für die Produktion von Missdeutungen. Muss es sein? Leider: Ja.

Außerhalb Deutschland definiert – schlimm oder nötig?

Bekanntlich sucht sich der Mensch Ort und Eltern nicht aus, sondern wird ungefragt in Verhältnisse hineingeboren. In unseren Breitengraden und Zeiten in eine mehr oder weniger intakte Familie, die nur eingebettet in eine ausdifferenzierte gesellschaftliche Arbeitsteilung bestehen kann, in eine gesellschaftliche Ordnung, die durch Recht, Gesetz und schließlich die Gewalt des Staates gewahrt wird.

Vor nicht langer Zeit galt es noch für ausgemacht, dass die Menschen in ihren Stand hineingeboren werden als „Kaiser, König, Edelmann, Bürger, Bauer, Bettelmann (alter Abzählreim)“ und dass an den Galgen muss, wer da herauswill. Dagegen richten sich dann die demokratischen Ideen etwa der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung oder der französischen Revolution, dass der

Mensch frei und gleich geboren sei mit dem Recht, sein Glück zu suchen. Um so gute Gedanken fassen zu können, mussten sich die damals denkenden bis zu einem gewissen Grade außerhalb der politischen Ordnung definieren. Sie taten es, indem sie sich – „Erklärung der Menschenrechte“ – nicht mehr zuerst als Untertanen der britischen, französischen usw. Majestät definierten, sondern als Menschen, als Teil der Menschheit. – Nicht alles, was lange her ist, ist verkehrt.

Wenn sich jemand schon definieren muss, dann lieber nicht innerhalb Münchens, Bayerns, Deutschlands, Europas usw., sondern als Mensch in X, Y, Z. Beim Definieren kommt es nämlich darauf an, was man zuerst ist, und was man sodann ist. Wer sagt: Zuerst bin ich Mensch, danach trifft zu, dass ich es in Deutschland bin, definiert sich außerhalb Deutschlands, und unter Umständen auch dagegen. Wer sagt: Zuallererst bin ich Deutscher, definiert sich innerhalb Deutschlands, keine Frage, aber unter Umständen außerhalb der Menschlichkeit. Der Rat, sich „innerhalb Deutschlands“ zu definieren, ist irreführend. Folgt man in der PDS einem solchen Rat, würden wir von unseren Wurzeln in der Geschichte des Kampfes um Demokratie und Menschenrechte abgeschnitten.

Ein Wort zur Definitionsmacht

Wer Deutscher ist, definiert das Grundgesetz. Selbstbestimmung ist dabei nicht vorgesehen. Das Deutschtum wird durch die Geburt in eine deutsche Familie übertragen. Wer diesen Prozess nicht durchlaufen hat, muss sich – eine leider sehr aktuelle Diskussion – als Erwachsener eine Art zweiter Erziehung (mit abschließender Deutsch-Prüfung vor den Behörden) antun. Dann kann ihn der Staat als nach Deutschland gehörig adoptieren. Die Definitionsmacht liegt also nicht bei der Person, sondern beim Staat, und auch der Bestimmungsgrund liegt nicht in einer Willensäußerung oder einem Recht der Person, sondern in ihrer Herkunft oder dem Nachweis der Anpassung. Kurz und knapp: Es ist gar nicht möglich, sich selbst als Deutscher zu definieren. Dass es umgekehrt möglich ist, als Deutscher im Sinne des Grundgesetzes entgegen dem eigenen Willen definiert zu werden, hat sich beim Anschluss der DDR gezeigt. Zuständig für die Definition des Deutschen ist sein Staat, die BRD. Wahr ist, dass die so fremdbestimmte Person die ihr aufgezwungene Definition annehmen kann, vielleicht sogar freudig; aber wenn man die Wahl nicht hat, ist es auch keine



Kaiserproklamation von Versailles. Die Gründung des deutschen Nationalstaates erfolgte im Rausch des Deutsch-Französischen Krieges von 1870/71.

Selbstbestimmung sondern bleibt ein Gewaltakt.

Der Staat im deutschen Verständnis

Es war ein großer Fortschritt für die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft, als man ausgangs des 18. Jahrhunderts darauf stieß, dass Religion, Gesetze, Staatsorganisation Produktionen menschlicher Kultur sind, von Menschen gemacht und durch Menschen veränderbar (wenn auch nicht gerade leicht). In der deutschen Ideengeschichte hat sich allerdings eine etwas andere Auffassung festgesetzt.

Die Menschen, die in einer Weltgegend leben und arbeiten, sind danach als formlose Masse zu sehen, die ihren kleinen Zielen und Vorstellungen nachhängt. Erst dadurch, dass diese Leute einen Staat bilden, finden ihre höheren Ziele Ausdrucksmöglichkeit. Diese Vorstellung ist nicht demokratisch. Es ist nicht erforderlich, ja eigentlich gar nicht möglich, dass die kleinen Leute mit den kleinen Gedanken dem Staat die Ziele vorgeben. Umgekehrt erst wird daraus Deutschland: Der große Staat gibt den kleinen Leuten große Ziele vor! Der Wahn, dass die von Menschen geformten und finanzierten Institutionen mehr sind, als die Menschen, die sie tragen, hat auch die deutsche Linke nicht verschont. Hier wurde das dumme Lied der Partei nicht nur gedichtet, sondern auch noch gesungen („Die Partei, die Partei, die hat immer recht ...“). Auch hier findet sich die Teilung der Gesellschaft in Oben und Unten, in Obrigkeit und Untertänigkeit.

Obrigkeit und Untertan, Volk und völkisch

Was ist an dem Vorwurf, ein „Teil der westlichen Mitgliedschaft“ (der PDS) verachte das Volk? Zum Ende des 18. Jahrhunderts formulierte Kant, Aufklärung sei der Ausgang des Menschen aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit, wenig später sprach Karl Marx davon, „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen

der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“. Verächtlich ist das Verhältnis von Herrschaft und Knechtschaft. Verächtlich ist es zu herrschen, erniedrigend, sich beherrschen zu lassen.

Unter Volk könnte, ja sollte man vielleicht auch die Bevölkerung einer Weltgegend verstehen, gleich berechtigt, ohne Ansehen der Person, demokratisch miteinander verbunden in der Lage, über ihre gemeinsamen Angelegenheiten selbst zu bestimmen.

Aber in der deutschen Geschichte, besonders nicht in der jüngeren, wird das Volk eben nicht als die durch Zufall der Geburt in die wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenhänge einer Region hineingeworfenen Menschen verstanden.

Der aus dem Abstammungsgedanken herausentwickelte Gedanke der Rasse, die Wahrnehmung der Bevölkerung lediglich in der Gestalt ihres Herrschers, der blinde Glaube an die Überlegenheit von Organisationen, es seien Kirchen, Staaten, Parteien, schließlich der Kultus der Bevollmächtigung: Führer befiehlt! Das waren tragende Säulen des deutschen Faschismus.

Wir können in diesem Geschichtszusammenhang nicht unbefangen vom Volk reden. Das wäre künstlich naiv. In Deutschland hat man es mit einem hoch ideologisierten und politisierten Volksbegriff zu tun. Es ist wohl unmöglich, etwa den Ausdruck „Das deutsche Volk ...“ sich von der Zunge rollen zu lassen, ohne zu merken, dass hier höchste Autorität eingefordert wird. Das Volk, das große, ewige, spricht hier zu den Leuten, den kleinen, immer übrigens durch den Mund einer Führungspersönlichkeit.

Ich liebe, ich hasse ...

Der Zweck dieses kleinen Vortrags ist vor allem zu zeigen, dass die Vorstellung eines „linken Patriotismus“ aus dem theoretischen und auch dem praktisch-politischen Zusammenhang des linken Humanismus kritisiert werden kann.

Dazu ist es keineswegs nötig, den kulturellen, sozialen, politischen Zusammenhang, der mit der Herausbildung der Nationalstaaten gegeben ist, als belanglos abzutun. Gerade die modernere Theorie hat die große Bedeutung der Kulturfaktoren für das moderne Leben erkannt. Die Sitten, Gebräuche, die vorgefundenen Kulturlandschaft, die Sprache und die in ihr ausgeformten Kulturgüter, all das schafft einen Umkreis von Daseinsbedingungen des modernen Lebens, das von der Sicherheit dieser äußeren, durch die Einzelnen kaum zu beeinflussenden Gegebenheiten abhängt.

Warum ist es so gefährlich, sich bei der Behandlung politischer Fragen auf Kategorien wie „Liebe“ oder „Hass“ einzulassen? Wen oder was ich liebe, das kann

ich der staunenden oder auch gelangweilten Umwelt vielleicht mitteilen (Ich spür's! Ich liebe!). Verhandlungssache ist es nicht. Es ist sprichwörtlich bekannt und in klugen Schriften auch ausgeführt, dass man jemandem nicht ein- oder ausreden kann, zu lieben. Wenn jemand sagt, er liebe etwas, hat er sich dazu ausschließlich mit sich selbst auseinandergesetzt und berichtet der Umwelt über das fertige Ergebnis.

In der Politik hat man es aber genau mit Verhandlungssachen zu tun. Hier kommt es nicht so sehr darauf an, wie stark ich etwas will, sondern eher darauf, wie es der Ix, die Ypsilon oder das Zet sehen und ob man zu einem akzeptablen Ergebnis kommt.

★

Schaut man Deutschland ohne Schmalz und Schmonzes an, so sieht man einen durch Sitten Gebräuche, Recht, Gesetz und Staatsgewalt zusammengehaltenen Komplex von Lebensbedingungen, der dringend, dringend! reformiert werden muss.

Eine der aktuellsten und wichtigsten politischen Aufgaben unserer Zeit ist die Verwirklichung des Grundsatzes: Bürgerrechte sind Menschenrechte, Gleiche Rechte für alle, die hier leben! Allgemein gesprochen: Wie soll das abgegrenzte, beschränkte Deutschland in die globalisierte Welt eingeordnet werden? Die Lebensumstände sind ja unwiderruflich im Fluss. Sie müssen neu definiert werden.

Diese geschichtliche Gegebenheit ruft die Rechten auf den Plan, die auf Bestandteile deutscher Geschichte und deutscher Kultur zurückgreifen, um sich als verschworene Gemeinschaft über eine Welt von Feinden zu erheben.

Die Linke hat auf diese Gegebenheiten hin andere Antworten entwickelt. Sie kritisiert die herrschende Ordnung der Welt und sucht nach Wegen, die Menschen mit unterschiedlichem kulturellen Hintergrund wechselseitig akzeptieren können. Dazu muss sie sich ein ganzes Stück weit außerhalb Deutschlands definieren und gegen die breite Strömung des Deutschtums opponieren. Seit Ausgang des 18. Jahrhunderts ist weltweit bekannt, dass man den Verstand nicht bei der Obrigkeit abgeben soll, und dass in öffentlichen Angelegenheiten die kritische Vernunft an ehesten zu solidarischen Lösungen führt. maf

Verwendete Literatur

I. Kant, Was ist Aufklärung, Philipp Reclam Junior, Stuttgart; *Metaphysik der Sitten*, Philipp Reclam Junior Stuttgart; *Kant-Lexikon*, R. Eisler, Georg Olms Verlag Hildesheim, Zürich, New York
G.W.F. Hegel, Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften, Felix Meiner Verlag Hamburg; *Grundlinien der Philosophie des Rechts*, Felix Meiner Verlag Hamburg,
K. Marx / F. Engels, Deutsche Ideologie, Druck-Verlags-Vertriebskooperativ Frankfurt 1971
Ralws, Eine Theorie der Gerechtigkeit, suhrkamp taschenbuch wissenschaft
Pierre Bourdieu, Die verborgenen Mechanismen der Macht, VSA-Verlag Hamburg

Die Politik zivilisieren – Friedenspolitik von unten

Für die Friedensbewegung gibt es feststehende Daten, an denen überall öffentliche Aktionen und Demonstrationen stattfinden: Ostern, da gibt es die Ostermärsche, und der 1. September, der Antikriegstag. Das erste Dezemberwochenende hat sich mittlerweile zu einem dritten Datum entwickelt, ganz anderer Art, unspektakulär, aber nachhaltig. Dort findet alljährlich der Friedenspolitische Ratschlag statt. Dieses Mal schon zum siebten Mal. Und die Teilnehmerzahlen steigen: Knapp 300 Teilnehmer aus allen Teilen der Bundesrepublik konnte Dr. Peter Strutinsky, Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag vom Kasseler Friedensforum, diesmal begrüßen: Vertreter örtlicher, beruflicher Friedensini-



tiativen, Friedensforscher, Politologen, Vertreter von Friedensorganisationen wie der DFG/VK, dem Frauenfriedensarchiv, der IPPNW, der IALANA und Vertreter der Grünen/Bündnis 90 und der PDS sowie der IG Medien. Mit Nikos Fotiadis (Griechenland), John O'Dowd (Irland), Thomas Roithner (Österreich), Griegeri Lokshin (Russland) und Ake Wihn (Schweden) nahmen auch ausländische Repräsentanten teil.

Unter dem Thema „Die Politik zivilisieren“ wurden im ersten Teil Kriegsur-sachen analysiert: Zur politischen Ökonomie des Krieges, Krieg um Öl und Wasser (Naher Osten), der Militär-Industrie-Komplex, religiöser Fundamentalismus, die ethnisch-politischen Konflikte. Im zweiten Teil wurde das Stoppen der Kriegsvorbereitungen diskutiert: Die Bundeswehrreform, die neue NATO-Strategie, die Balkankrise, die psychologischen Kriegsvorbereitungen, die Raketenpläne der USA, Rüstungsexporte. Im dritten Teil wurde über die Verbesserung der Friedensbedingungen nachgedacht: Schaffung lokaler Zentren für Friedens-

kultur, die Kultur des Friedens, Abrüstung, atomwaffenfreies Europa, Embargo und Boykott, Alternativen zur rechten Gewalt, das Stoppen der Rüstungsexporte. Arbeitsgruppen diskutierten engagiert, kontrovers und sachkundig zu diesen Punkten. Auffällig war die größere Beteiligung Jugendlicher und von Leuten aus den neuen Bundesländern. Und auffällig, dass die analytischen Fähigkeiten der Friedensratschläge zugenommen haben. Die drei Plenumsreferate „Kriege sind gut für die Wirtschaft“ von Prof. Maria Mies, „Die zunehmende Militarisierung Europas“ von Tobias Pflüger und „Kriege vermeiden, Friedenschancen nutzen, Friedenbedingungen verbessern“ von Brigadegeneral a.D. Heinz Loquai, dem ehemaligen Mitglied der OSZE-Mission im Kosovo heizten die Diskussion an. Insbesondere Heinz Loquai, in der nüchtern-unterkühlten Sprache des Generalstäblers, zeichnete minutiös nach, wie es zum Jugoslawien-Krieg kam – und dass er vermeidbar gewesen wäre, wenn denn die NATO es gewollt hätte und wenn die verantwortlichen Politiker, auch Kanzler Schröder und die Minister Scharping und Fischer, ein anderes Konzept als das Setzen auf die militärische Konfliktlösung verfolgt hätten. In der abschließenden Podiumsdiskussion, an der sich u.a. Sybille Stamm (IG Medien), Annelie Buntenbach (MdB Bündnis 90/Die Grünen) und Heidi Lippmann (MdB PDS) beteiligten, ging es um eine wirkungsvollere Friedenspolitik von unten. Leider wurde der Ball aus dem Podium von den Vertretern der örtlichen Friedensinitiativen nicht richtig aufgefangen: Wie gelangt das angesammelte „Spezialistenwissen“ aus der Friedensbewegung in die Gewerkschaften und Parteien, wie erzeugt man Druck auf die Parlamentarier, wie wird in der Friedensbewegung das aufgegriffen, was durch Parlamentarier bekannt wird? Offensichtlich ist der kritische Dialog durch den Schwenk der Grünen nachhaltig gestört. Man erwartet von den Parteien und Politikern halt nichts mehr – warum soll sich die Friedensbewegung überhaupt mit ihnen beschäftigen? Um eine wirkungsvollere Friedenspolitik durchsetzen zu können, bedarf es aber des Wahrnehmens und Aufnehmens von Differenzen bei „denen da oben“, des Anknüpfens an soziale Proteste bei den Gewerkschaften. An dieser Stelle verfolgt die Friedensbewegung noch zu oft das ABERLANGEN von Bekenntnissen.

Horst Betghe (PDS, Mitglied des Bundesausschusses Friedensratschlag)

Auf der nächsten Seite geben wir den „Aktionsrahmen“ wieder, der am Ende des Ratschlages vorgelegt wurde.

Die Politik zivilisieren! –

Aktionsrahmen 2001 für die Friedensbewegung

Die Friedensbewegung sieht sich mit der Rückkehr zur Strategie des Krieges als Mittel der Politik konfrontiert. Kennzeichen dafür sind die deutsche Beteiligung am NATO-Krieg gegen Jugoslawien, der gegenwärtige kostspielige Umbau der Bundeswehr in eine weltweit einsetzbare Interventionsarmee und die Umwandlung der Europäischen Union in ein interventionsfähiges Militärbündnis. Das von den USA geplante Raketenabwehrsystem droht eine neue atomare Rüstungsspirale auszulösen. Zugleich verstärkt sich die Militarisierung im Innern. Beispielsweise werden zivile Bereiche wie Krankenhäuser, Krankenhauspersonal und diverse wirtschaftliche Dienstleistungen zu militärischen Zwecken genutzt. Gewalt gegen Minderheiten im Lande, Ausländerhass, Rassismus und Antisemitismus nehmen zu.

Schwerpunkte

1. Interventionen gegen das Völkerrecht

Die neue völkerrechtswidrige Interventions-Strategie der NATO wurde im Krieg gegen Jugoslawien erprobt und auf dem NATO-Gipfel in Washington im April 1999 offiziell beschlossen. Die NATO-Staaten behalten sich darin das Recht vor, überall auf der Welt militärisch zu intervenieren, wo sie ihre Interessen berührt sehen. Damit wird das Recht des Stärkeren wieder zur Grundlage der internationalen Beziehungen. Auf ihrem Treffen im April 2000 lehnten die Regierungsvertreter der 133 blockfreien Staaten, die fünf Milliarden Menschen repräsentieren, diese „humanitären Interventionen“ entschieden ab.

Auch umfassende Wirtschaftssanktionen, die in erster Linie die Zivilbevölkerung treffen, haben sich nicht – wie das Beispiel Irak und Jugoslawien zeigt – als zivile Alternative, sondern als Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln erwiesen.

2. Offensivwaffen für die weltweite Kriegführung

Mit der Verdreifachung der „Krisenreaktionskräfte“ auf 150.000 Mann/Frau soll die Bundeswehr fit gemacht werden, um zwei Kriege gleichzeitig für NATO und EU führen zu können. Für die 80.000 Soldaten starke EU-Eingreiftruppe stellt Deutschland mit 18.000 das stärkste nationale Kontingent. Durch Führung und Technik soll diese in Aufbau befindliche EU-Streitmacht von Deutschland dominiert werden.

Die Aufrüstung zur strukturellen Angriffsfähigkeit der Bundeswehr mit Of-

fensivwaffen, wie Eurofighter, Kampfhubschrauber „Tiger“, Marschflugkörper „Taurus“, Kampfdrohnen „Taifun“, Fregatten und Korvetten soll in den nächsten 15 Jahren 210 Milliarden DM verschlingen.

Der deutsche Waffenexport hat sich im Jahre 1999 im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdoppelt. Von einer restriktiven Rüstungsexportpolitik kann keine Rede sein.

3. US-Raketenabwehr forciert das atomare Wettrüsten

Die Raketenabwehrpläne der USA richten sich nicht vornehmlich – wie vorgegeben – gegen die sogenannten Schurkenstaaten, sondern gegen die anderen Atomkräfte vor allem China und Russland. Da ein solches Abwehrsystem die atomare wie die konventionelle Kriegsführungsfähigkeit der USA ausbauen würde, werden Gegenmaßnahmen der bedrohten Staaten provoziert. Die Ergebnisse der Abrüstungsabkommen der letzten Jahrzehnte werden in Frage gestellt, der ABM-Vertrag wird gebrochen.

4. Alternativen

Mit militärischen Mitteln sind keine politischen Probleme zu lösen, wie das Beispiel Jugoslawien erneut gezeigt hat. Erforderlich sind zunächst eine umfassende Abrüstung vor allem der hochgerüsteten westlichen Staaten, die Stärkung nichtmilitärischer Konfliktlösungsansätze und ein Stopp des Rüstungsexports. Zivile Friedensdienste und zivile Friedensfachkräfte müssen zulasten des Verteidigungsetats ausgebaut werden.

Die beste Krisenprävention ist der Aufbau einer gerechten Weltwirtschaftsordnung in einer solidarischen Welt.

Aktionsrahmen

Der Bundesausschuss Friedensratsschlag empfiehlt den Friedensgruppen und -initiativen folgende Aktionsschwerpunkte:

- Aktive Beteiligung am Kampf gegen rechtsradikale Gewalt, Rassismus und Neonazismus
- Widerstand gegen die Umwandlung der Bundeswehr in eine Interventionsarmee und gegen die Militarisierung der Europäischen Union
- Fortführung der Kampagne „Keine Panzer und keine Munitionsfabrik für die Türkei“
- Internationale Solidarität mit den leidenden Menschen wie in Kurdistan und Palästina
- Aktivitäten gegen Wirtschaftsembargos, Maßnahmen und andere Sanktio-

nen, die vorwiegend die Zivilbevölkerung treffen (z.B. Irak)

- Unterstützung der Kampagnen gegen die Errichtung des US-Raketenabwehrsystems und für atomare Abrüstung.

Zeitraumen

17. Januar (bis Ende Februar)

10. Jahrestag des Golfkrieges • Aktivitäten zur Beendigung des Embargos (Mahnwachen, Info-Veranstaltungen usw.)

30. Januar

Jahrestag der Machtübernahme des Nazi-Regimes • Aktionen gegen Rassismus und rechtsradikale Gewalt

24. März

2. Jahrestag des NATO-Krieges gegen Jugoslawien. • Mahnwachen, Demos, Infoveranstaltungen gegen NATO- Strategie, EU-Militarisierung und Umrüstung der Bundeswehr; „Europäischer Friedenskonvent“ in Berlin

13.-16. April

Ostermärsche • Mögliche Schwerpunkte: Gegen Interventionsarmee, US-Raketenabwehr und Atomwaffen

1. Mai

Teilnahme an den Gewerkschaftsaktivitäten: • z.B. „Arbeit und Frieden“, Rüstungsausgaben senken zugunsten sozialer Aufgaben

8. Mai

Jahrestag der Befreiung vom Faschismus Aktionen zum Thema „Nie wieder Faschismus“, Entschädigung für ehemalige Zwangsarbeiter, gegen Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus

13.-16. Juni

Aktionen anlässlich des Evangelischen Kirchentages in Frankfurt am Main

17. Juni

Aktionsberatung der Friedensbewegung in Frankfurt a.M.

6. bzw. 9. August

Gedenken an die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki • Für die Ächtung und Abschaffung aller Atomwaffen; Gegen US-Raketenabwehrsystem

1. September

Antikriegstag • Aktionen in Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, (Gegen Aufrüstungsprogramme, „Arbeitsplätze statt Truppenübungsplätze“; Aktionen gegen Rechts)

12./13. Oktober

Internationaler Aktionstag europäischer Friedensgruppen zum Treffen der europäischen Verteidigungsminister in Brüssel • Gegen Schnelle Eingreiftruppen der EU

1./2. Dezember

8. Friedenpolitischer Ratschlag in Kassel Bundesausschuss Friedensratsschlag

Kassel, den 3. Dezember 2000

Termine der Arbeitsgemeinschaft „Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ in und bei der PDS

Linke Winterschule: 4. bis 7. Januar in Sondershausen

4. bis 7. Januar, Sondershausen. Themen der drei Kurse (ausführlich in der letzten Ausgabe der Politischen Berichte):

AG Geschichte: *Sozialistische Demokratie oder Diktatur des Proletariats - Versuch einer Auseinandersetzung an den Beispielen Kronstadt 1921 und Märzaktion der KPD*

AG Wirtschaft: *Standorttheorien*

AG Philosophie: *Philosophische Fragen der Diskussion um die „Künstliche Intelligenz“*

Ort: Jugendwohnheim Juventas, Güntherstr. 26-27, 99706 Sondershausen, Tel. (0 36 32) 78 22 59

Anmeldung bei: Christiane Schneider, c/o GNN Hamburg, Tel. (0 40) 43 18 88 20, Fax (0 40) 43 18 88 21, E-Mail: gnn-hhsh@hansenet.de (**Achtung: Nicht die alte E-Mail-Adresse verwenden!**)

Bitte beachten: Die Unterkunft wird an Ort und Stelle angemeldet. Bei besonderen Wünschen bitte ggfs. selbst vorher beim Jugendwohnheim anrufen!

Mitgliederversammlung der ArGe: 5. Januar, 19.00 Uhr

Vorschlag zur Tagesordnung:

1. Tätigkeitsbericht / Bericht vom Parteitag

2. Vaterland, Heimat, Nation – zwischen Mythos und Aufklärung. Thesen und Diskussion

Die Mitgliederversammlung ist öffentlich, Gäste sind erwünscht.

Ort: Jugendwohnheim Juventas, Güntherstr. 26-27, 99706 Sondershausen, Tel. (0 36 32) 78 22 59

Weitere Termine

14. Januar, Berlin: Liebknecht-Luxemburg-Demonstration. 10.00 Uhr, U.Bhf. Frankfurter Tor, von dort zur Gedenkstätte der Sozialisten

25. Januar - 11. Februar, Köln: Ausstellung „Erinnern - eine Brücke in die Zukunft“ - Projekte im Rahmen des Gedenktages am 27. Januar. Kontakt: NS-Dokumentationszentrum EL-DE-Haus, Appellhofplatz 23-25, 50667 Köln, Tel.: 0221/221-26336, Fax: 0221/221-24154
E-Mail: nsdok@netcologne.de Internet: <http://www.museen-koeln.de/ns-dok>

25.-30. Januar, Porto Alegre (Brasilien): Weltsozialgipfel (parallel zum Weltwirtschaftsforum in Davos) von und mit NGOs zu den sozialen Folgen der Globalisierung, Infos: <http://www.worldsocialforum.org/ingles/> oder auch WEED <http://www.weed-bonn.org>, Kontakt: sm2001inter@uol.com.br

27. Januar, Stuttgart: Arbeit - Leben - Zeit, Kongress über Umverteilung und Neubewertung von Arbeit und Arbeitszeit. Im Mittelpunkt steht die Verbindung der Kämpfe für Geschlechterdemokratie, Zivilgesellschaft und einen neuen Typus von Vollbeschäftigung. Ort: Stuttgart, Gewerkschaftshaus, Großer Saal, Willi-Bleicher-Str. 20
Informationen/Anmeldung: IG Medien-Landesbezirk Baden-Württemberg, Willi-Bleicher-Str. 20, 70174 Stuttgart, Tel. 0711-2924410

1. Februar, Köln: Internationaler Soldatengottesdienst mit Bischof Meissner (im Rahmen des „Weltgebetsstages für den Frieden“), 9 Uhr, Kölner Dom; ab 9 Uhr: vor dem Dom Protestaktion gegen den Gottesdienst. Kontakt: Kölner Friedensforum c/o Jan Kim, Steinfelder Gasse 1, 50670 Köln, Tel.: 0221/135647. E-Mail: kim@mpiz-koeln.mpg.de Internet: <http://www.is-koeln.de/friedensforum>

22. Februar, München: Hauptversammlung der Siemens AG, Olympiahalle, Kritische Aktionäre protestieren gegen Atomenergie und für Zwangsarbeiter-Entschädigung. Kontakt: Dachverband Kritische AktionärInnen, Henry Mathews, Schlackstr. 16, 50737 Köln, Tel.: 0221/5995647, Fax: 0221/5991024. E-Mail: critical_shareholders@compuserve.com. Internet: www.kritischeaktionaeere.de

2. März, Duisburg: Hauptversammlung der ThyssenKrupp AG, Mercatorhalle, Kritische Aktionäre protestieren gegen Rüstungsproduktion und Arbeitsplatzvernichtung. Kontakt: Dachverband Kritische AktionärInnen, Henry Mathews, Schlackstr. 16, 50737 Köln, Tel.: 0221/5995647, Fax: 0221/5991024

E-Mail: critical_shareholders@compuserve.com Internet: <http://www.kritischeaktionaeere.de>

18. März 2001: Kommunalwahlen in Hessen

25. März: Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz

11. April, Berlin: Hauptversammlung der DaimlerChrysler AG [<http://www.DaimlerChrysler.de>], ICC, Kritische Aktionäre protestieren gegen Rüstungsproduktion und Ermordung von Gewerkschaftern, Kontakt Kritische Aktionäre DaimlerChrysler, Paul Russmann: 0711/608396. Kontakt: Dachverband Kritische AktionärInnen, Henry Mathews, Schlackstr. 16, 50737 Köln, Tel.: 0221/5995647, Fax: 0221/5991024. E-Mail: critical_shareholders@compuserve.com Internet: <http://www.kritischeaktionaeere.de>

26. April, Ludwigshafen: Hauptversammlung der BASF AG, Kritische Aktionäre protestieren gegen Gentechnik, Umweltverseuchung und Arbeitsplatzvernichtung, Kontakt vor Ort: 06457/89041. Kontakt: Dachverband Kritische AktionärInnen, Henry Mathews, Schlackstr. 16, 50737 Köln, Tel.: 0221/5995647, Fax: 0221/5991024 E-Mail: critical_shareholders@compuserve.com Internet: <http://www.kritischeaktionaeere.de>



Holger Kuhr
„Geist, Volkstum und Heimatrecht“
50 Jahre „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ und die eth(n)isch orientierte deutsche Außenpolitik

Bestellung (g. Rechnung):
Preis: DM 10,00 + Porto,
Rabatt für Wiederverkäufer
und Buchhandel 30%
GNN-Verlag
Neuer Kamp 25
D-20359 Hamburg
Tel. (0 40) 43 18 88 20
Fax (0 40) 43 18 88 21
gnn-hhsh@hansenet.de